



5. Sitzung

Donnerstag, 13. Mai 2004

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten

Fortsetzung der **Tagesordnung** 165 A

Fragestunde 165 A

Ausbildungsplatzabgabe

Marcus Weinberg CDU 165 A, C, 166 C

Gunnar Uldall, Senator 165 A, C, D, 166 A, B, D

Uwe Grund SPD 165 D, 166 A

Jens Kerstan GAL 166 B

Senatsempfänge

Doris Mandel SPD 167 A, C

Dr. Reiner Schmitz, Staatsrat 166 D, 167 A-D,
168 A

Dr. Verena Lappe GAL 167 A, B

Aydan Özoguz SPD 167 C, D

Silke Vogt-Deppe SPD 167 D

Katja Husen GAL 167 D

Hamburg Marketing des Senats in New York

Dr. Willfried Maier GAL 168 A, B, D, 169 A, B

Gunther Bonz, Staatsrat 168 A, C, D, 169 B-D,
170 A-D, 171 A

Christian Maaß GAL 168 C

Ingo Egloff SPD 168 C, 169 D

Jens Kerstan GAL 169 C

Henning Finck CDU 169 D

Farid Müller GAL 170 A, C

Uwe Grund SPD 170 A

Hans-Christoff Dees SPD 170 B

Jürgen Schmidt SPD 170 C, D

Christa Goetsch GAL 171 A

Beziehungen Hamburgs zu Danzig

Rolf Harlinghausen CDU 171 A-D, 172 A

Reinhard Stuth, Staatsrat 171 B-D, 172 A-D

Farid Müller GAL 172 B

Manuel Sarrazin GAL 172 C

Dr. Barbara Brüning SPD 172 D

Versorgung mit Krippenplätzen

Dr. Andrea Hilgers SPD 173 A, B

Dr. Reiner Schmitz, Staatsrat 172 D, 173 A-C

Karin Rogalski-Beeck SPD 173 C

Asbestsanierung des Elbtunnels

Christian Maaß GAL 173 C, 174 A

Dr. Heinrich Doppler, Staatsrat 173 D, 174 A, B

Jens Kerstan GAL 174 B

Jörg Lüthmann GAL 174 B

Emissionshandel

Rüdiger Kruse CDU 174 C

Dr. Herlind Gundelach, Staatsrätin 174 C

Senatsabsage an Schulte-Hillen: Hamburgs Senat ohne Know-how für den Medien- standort?

Farid Müller GAL 174 D, 175 A, B

Gunther Bonz, Staatsrat 174 D, 175 A-C

Dr. Willfried Maier GAL 175 B, C

Auswanderermuseum auf der Veddel

Luisa Fiedler SPD 175 D, 176 A

Dr. Karin von Welck, Senatorin 175 D, 176 A-C

Wilfried Buss SPD 176 B

Carola Veit SPD 176 B

Antrag der Fraktion der GAL:

Gentechnikfreie Landwirtschaft in Hamburg

– Drs 18/92 – 176 C

Christian Maaß GAL 176 C, 180 D

Dr. Diethelm Stehr CDU 178 B

Dr. Monika Schaal SPD 179 D

Hartmut Engels CDU 181 B

Beschlüsse 182 A

Senatsmitteilung:

Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik

– Drs 18/106 – 182 B

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik – mehr als eine Tabelle!

– Drs 18/221 – 182 B

Christoph Ahlhaus CDU 182 B

Dr. Andreas Dressel SPD 184 B

Antje Möller GAL 185 D, 189 C

Udo Nagel, Senator 186 D

Dr. Martin Schäfer SPD 188 D

Beschlüsse 188 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Volksinitiative Gesundheit ist keine Ware

– Drs 18/162 – 189 D

Lutz Kretschmann SPD 189 D

Harald Krüger CDU 191 B

Katja Husen GAL 192 C

Beschlüsse 193 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 18/122 – 193 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 18/123 – 193 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 18/124 – 193 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 18/125 – 193 B

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 18/126 – 193 B

Beschlüsse 193 B

Senatsantrag:

Tätigkeit der Senatorinnen und Senatoren in Aufsichtsgremien hamburgischer öffentlicher Unternehmen

– Drs 18/143 – 193 D

Beschluss 193 D

Unterrichtung durch den
Präsidenten der Bürgerschaft:**Volksgesetzgebungsverfahren "Gesundheit ist keine Ware"**

– Drs 18/105 – 194 A

Beschluss 194 A

Antrag der Fraktion der GAL:

Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit der Agentur für Arbeit zur Umsetzung von Hartz IV in Hamburg

– Drs 18/160 – 194 A

Beschlüsse 194 A

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen zur Fragestunde, zunächst zu der ersten Frage des Abgeordneten Marcus Weinberg.

Marcus Weinberg CDU:* Vielen Dank, Herr Präsident. Der Bundestag hat am vergangenen Freitag mit den Stimmen von Rotgrün das Berufsausbildungssicherungsgesetz beschlossen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dieses geschah trotz massiver Kritik aus den eigenen Reihen und obwohl nahezu die gesamte Fachwelt dem Vorhaben ablehnend gegenübersteht.

Ich frage den Senat:

Erstens: Ist die Freie und Hansestadt Hamburg als Arbeitgeber beschäftigungsstrukturell in der Lage, die gesetzlich festgeschriebenen 7 Prozent Auszubildende zu erreichen?

Präsident Berndt Röder: Es antwortet für den Senat Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Weinberg! Ich antworte wie folgt:

Die Ausbildungsquote der Freien und Hansestadt Hamburg beträgt rund 4 Prozent. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden liegt bei 983. Das ist der Stand vom 31. Dezember 2003. Die Zahl der Auszubildenden müsste um 722 auf 1705 gesteigert werden, um die Quote von 7 Prozent zu erreichen.

(Uwe Grund SPD: Dann man los!)

Hamburg hat als Arbeitgeber immer die Praxis vertreten, grundsätzlich bedarfsorientiert auszubilden und die ausgebildeten Nachwuchskräfte dann auch dementsprechend in den Verwaltungsdienst zu übernehmen, denn in eine Ausbildung zu investieren, für die es dann anschließend keine Beschäftigungsperspektive gibt, ist weder aus der Sicht des Arbeitgebers, aber noch weniger aus der Sicht der Nachwuchskräfte sinnvoll. Dieser Grundsatz, der auch in vielen Unternehmen vertreten wird, gilt aber besonders – wie zum Beispiel beim öffentlichen Dienst – für solche Berufe, für die eben nur ein Arbeitgeber infrage kommen kann und das ist bei einer Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten der Fall. Deswegen sagen wir, dass es im Sinne des Auszubildenden ist, wenn dieser eine Ausbildung bekommt, mit der er hinterher auch noch woanders mit eingesetzt werden kann. Es wäre leichtfertig, die Leute auszubilden in der Gewissheit, dass man sie hinterher nicht einstellen kann und es gar keinen anderen Arbeitgeber gibt, der sie einstellen kann, denn es gibt eben nur eine Stadt Hamburg.

Hinzufügen ist auch noch, dass es in Ausbildungsberufen, die einen Haupt- oder Realschulabschluss voraussetzen, bereits heute schwierig ist, ausbildungsfähige Nachwuchskräfte zu rekrutieren.

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter Weinberg.

Marcus Weinberg CDU:* Meine zweite Frage:

Wie hoch sind die für die Stadt Hamburg zu erwartenden Kosten im Hinblick auf eine Steigerung der Anzahl der Auszubildenden auf die gesetzlich festgeschriebenen 7 Prozent beziehungsweise die zu leistenden Ausgleichszahlungen?

Präsident Berndt Röder: Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Abgeordneter Weinberg! Die Konstruktion des von Ihnen genannten Gesetzes ist so gewählt, dass es sehr, sehr schwierig ist, eine Einschätzung für die Kosten vorzunehmen, denn in diesem Gesetz sind sehr viele Unterstellungen gegeben, die eintreten müssen, damit eine Berechnungsmöglichkeit vorgenommen werden kann. Als Vorbemerkung kann ich Ihnen aber sagen, dass Beispielsrechnungen zeigen, dass Hamburg mit einer Belastung zwischen 2,5 Millionen Euro und 3 Millionen Euro zu rechnen hätte, wenn die eben genannte Zahl von 722 Kräften zusätzlich eingestellt werden müsste.

Nun fragen Sie weiter danach, welche Kosten für den Fall zu erwarten wären, dass die Stadt Hamburg nicht die Ausbildungsplatzabgabe bezahlt, sondern sagt, wir stellen – das wäre dann ja auch der sinnvollere Weg – die fehlenden 722 Auszubildenden in Hamburg ein. Die durchschnittlichen Kosten pro Ausbildungsplatz liegen bei rund 26 800 Euro. Wenn Sie die Rechnung für 100 Ausbildungsplätze machen, dann wären das somit 2,68 Millionen Euro für die Hansestadt. Wenn Sie 722 Ausbildungsplätze berechnen, dann wären das 19,35 Millionen Euro, die Hamburg zusätzlich zu bezahlen hätte.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Senator, die Alternative zur Ausbildungsplatzabgabe ist der Ausbildungspakt. Darf ich Sie fragen, warum unter der Leitung des Senates ein solcher Ausbildungspakt für Hamburg bisher nicht zustande gekommen ist?

Senator Gunnar Uldall: Herr Kollege Grund, es kommt nicht darauf an, dass man sich formal zusammensetzt und einen Ausbildungspakt beschließt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie müssen schon was tun!)

Damit ist überhaupt nichts getan, sondern damit erreichen Sie nur wieder einen Aktionismus, den Sie nachweisen können. Es kommt darauf an, dass wir uns für die Ausbildungsplatzsuchenden bemühen, entsprechende Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Dieses haben wir in den vergangenen Jahren

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Nicht getan!)

mit großem Engagement in einem Zusammenspiel mit allen Beteiligten gemacht. Das wird auch in diesem Jahr stattfinden, aber ich werde darauf hinwirken, dass wir keinen Frühstart machen. Sie müssen in der Kampagne zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungs-

B

C

D

- A plätzen, Herr Kollege, immer wieder neue Stufen nehmen können, um die Dramatik noch zu erhöhen. Deswegen wäre es zu früh, den von Ihnen eben angesprochenen Ausbildungspakt zu begehen. Wir werden aber alle Maßnahmen ergreifen, damit wir bei der Ausbildungsplatzsituation zu einem positiven Ergebnis in Hamburg kommen werden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Also erst Misere, dann Pakt!)

Präsident Berndt Röder: Herr Grund für eine zweite Nachfrage.

Uwe Grund SPD: Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Senator, in der vorvergangenen Legislaturperiode gab es eine Initiative für Arbeit und Ausbildung in Hamburg. Können Sie mir vor diesem Hintergrund erklären, wie es dazu kam, dass der Senat diese erfolgreiche Initiative beendet und in der Zwischenzeit offensichtlich viel versäumt hat?

Senator Gunnar Uldall: Dieses ist falsch, Herr Kollege! Es hat keine großen Versäumnisse des Senats gegeben, sondern wir haben im vergangenen Jahr eine in etwa ausgeglichene Ausbildungsbilanz in Hamburg erreicht.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die sind alle zur Schule!)

- B Ich möchte aber auf folgendes Problem hinweisen, wenn Sie schon in die Vergangenheit gehen, nämlich dass in jedem Jahr eine gewisse Zahl von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz bekommt, weil diese Jugendlichen zum Beispiel durch eine nicht ausreichende schulische Bildung schwer vermittelbar sind. Die werden natürlich auch im nächsten Jahr nur zu einem Teil zu vermitteln sein und so baut sich von Jahr zu Jahr ein immer größerer Bestand auf. Es wäre jetzt, wenn Sie schon in die Geschichte zurückgreifen wollen, interessant, einmal zu untersuchen, Herr Grund, wer in der Regierung war, als dieser Sockel entstanden ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Senator, Sie haben uns dargestellt, wie viel die 700 zusätzlichen Ausbildungsstellen im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg brutto kosten müssten. Stimmen Sie mir zu, dass Sie, um die wahre Belastung des Hamburger Haushalts einschätzen zu können, die Alternativkosten dagegenrechnen beziehungsweise abziehen müssten, die nämlich 700 Jugendliche, die dann Sozialhilfe beziehen würden, verursachen würden? Wie hoch wären dann diese Kosten?

Präsident Berndt Röder: Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Wenn man unterstellt, dass alle Jugendlichen, die nicht in den Verwaltungsdienst der Freien und Hansestadt Hamburg aufgenommen werden, sofort in die Sozialhilfe gehen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die keine Lehrstellen kriegen!)

dann, Herr Kollege, wäre eine solche Betrachtung sinnvoll. Aber ich gehe davon aus, dass diese Jugendlichen durchaus auch eine Chance in anderen Berufsfeldern haben.

Ich will jetzt auf eine Gefahr hinweisen, die bisher immer unterschätzt worden ist. Es muss auch so sein, dass ein Ausbildungsplatzangebot von den Unternehmen, von der Verwaltung in dem Maße vorgenommen wird, in dem dieser Berufszweig eine positive Entwicklung nach oben zeigt. Wenn man zu irgendeiner Zwangsverpflichtung oder Zwangssteuerung kommt, so wie Sie es mit Ihrer Ausbildungsplatzabgabe wollen,

(Jens Kerstan GAL: Genau!)

dann werden Sie eine Entwicklung fördern, dass auch in Berufszweigen ausgebildet wird, die keine großen Zukunftschancen mehr haben. Dort wird über Bedarf ausgebildet werden, mit dem Ergebnis, dass Sie eine absolute Fehlsteuerung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland haben und damit legen Sie die Wurzel für weitere Verschlimmerungen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Weinberg.

Marcus Weinberg CDU:* Herr Senator! Hamburg ist in vielen Gremien mit anderen Bundesländern und Städten zusammen vertreten. Ist die Position Hamburgs, wenn ich sie als kritisch bewerten darf, eine Einzelposition oder ist es auch so, dass andere Bundesländer diese Position teilen?

Präsident Berndt Röder: Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Herr Abgeordneter Weinberg! Es ist so, dass, wo immer man hinguckt, nirgendwo diese Ausbildungsplatzabgabe auf eine begeisterte Zustimmung stößt. Das ist nicht einmal bei den Koalitionsfraktionen in Berlin der Fall. Selbst dort musste unter sanftem Druck der Partei- und Fraktionsspitzen erreicht werden, dass es für dieses Gesetz überhaupt eine Mehrheit im Parlament gegeben hat. Im Übrigen gibt es auch große Berufsverbände, die ihre Ausbildungsplatzverpflichtungen nicht erfüllen.

Präsident Berndt Röder: Weitere Fragen sehe ich hierzu nicht. Dann rufe ich die Frage Nummer 2 und die Abgeordnete Mandel auf.

Doris Mandel SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Anlässlich des Internationalen Frauentages findet traditionell in Hamburg ein Senatsempfang statt. Dieser hat in diesem Jahr am 4. März stattgefunden.

Ich frage den Senat erstens: Hatte der Senatsempfang zum Internationalen Frauentag denselben Stellenwert für den Senat wie andere Senatsempfänge?

Zweitens: Ist die Bewirtung auf allen Senatsempfängen in etwa gleich?

A **Präsident Berndt Röder:** Es antwortet Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Herr Präsident, Frau Abgeordnete Mandel! Zunächst einmal zur Frage 1: Ja, er hat den gleichen Stellenwert. Zur Frage 2: Nein, die Bewirtung ist nicht auf allen Empfängen gleich. Sie richtet sich nach der zuständigen Behörde, die den Empfang in Abstimmung mit der Senatskanzlei durchführt. In der Regel gibt es einen Sektempfang ohne Imbiss.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Frau Mandel.

Doris Mandel SPD: Herr Staatsrat, ich frage Sie dann, um das besser verstehen zu können: Wenn die Bewirtung auf den Senatsempfängen nicht gleich ist, wie unterscheidet sie sich und in welcher Form?

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Es gibt zuweilen Senatsempfänge, zu denen auch ein Imbiss gereicht wird. Manchmal soll es sogar vorgekommen sein, dass es ein Büfett gegeben hat.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Dr. Lappe.

B **Dr. Verena Lappe GAL:** Herr Staatsrat, warum wurde dieses Jahr von der Regel abgewichen, Gastrednerinnen aus Hamburgs Partnerstädten zu diesem Empfang zu laden?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ich weiß nicht, warum es in diesem Jahr nicht so war. Es gab einmal einen Frauentag, der über Hamburg hinaus eine nationale Dimension hatte und zu dem Frauen aus ganz Deutschland eingeladen waren. Das war übrigens der Frauentag, zu dem es auch das Büfett gab.

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Nachfrage der Abgeordneten Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Die diesjährige Gastrednerin, Monika Stoy, die Präsidentin des Deutsch-Amerikanischen Frauenclubs in Hamburg, rief anlässlich dieses Tages alle Frauen auf, für mehr Lohngerechtigkeit einzutreten. In welcher Weise wird der Senat diesbezüglich aktiv werden?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Abgeordnete, ich glaube, dass dieses nicht zum Thema des Senatsempfangs gehört, sondern weit darüber hinausgeht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Eine zweite Nachfrage der Abgeordneten Mandel.

Doris Mandel SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Staatsrat, wenn sie von der jeweiligen Fachbehörde geordert wird, die für die Ausrichtung dieses Senatsempfangs zuständig ist: Was hatte denn die Fachbehörde an Bewirtung geordert? Sekt oder Selters?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Mandel, die zuständige Fachbehörde hat den Senatsempfang in dem üblichen Rahmen ausgerichtet. Ich sagte schon, ein Stehempfang mit Getränken, ohne Imbiss.

(Zuruf von der CDU: Nicht wie beim DGB! – Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Özoguz.

Aydan Özoguz SPD: Herr Staatsrat, findet der Senat es richtig, dass bei diesem Empfang die Frauen vor dem Rathaus kontrolliert wurden, die zu dem Empfang gehen wollten, obwohl alle anderen Besucher des Rathauses ungehindert eintreten konnten?

(Michael Neumann SPD: Und es regnet hat!)

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Die Polizei hatte im Zusammenhang mit diesem Senatsempfang Hinweise auf Sicherheitsrisiken. Deshalb ist es zu diesen Kontrollen gekommen. Es ist bedauernswert, dass es dadurch einen großen Stau gegeben hat und viele draußen in der Kälte warten mussten.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Özoguz.

Aydan Özoguz SPD: Waren denn die Sicherheitsbedenken somit ausgeräumt, dass man sagte, alle geladenen Gäste werden kontrolliert und alle anderen dürfen einfach hineingehen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

(Lachen bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Vogt-Deppe.

Silke Vogt-Deppe SPD:* Meine Frage zielt im Prinzip darauf ab, ob es wirklich üblich ist, Frauen oder Damen bei Regen und Sturm draußen stehen zu lassen, aber Sie haben es eben schon selbst beantwortet.

Präsident Berndt Röder: Das war keine Frage. Dann die Abgeordnete Husen.

Katja Husen GAL: Da offenbar jedes Jahr zu den verschiedenen Empfängen verschiedene Gäste geladen werden, würde mich interessieren, nach welchem System und welchen Kriterien die unterschiedliche Bewirtung zustande kommt?

A **Präsident Berndt Röder:** Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Abgeordnete! Ich habe in meiner kurzen Dienstzeit fünf Senatsempfänge besucht.

(*Michael Neumann SPD:* Immerhin!)

Es war nur der Senatsempfang zum 1. Mai, zu dem es ein Büfett gab. Alle anderen waren Sektempfänge ohne Imbiss.

Präsident Berndt Röder: Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann rufe ich jetzt die Frage Nummer 3 auf und den Abgeordneten Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie der Presse zu entnehmen war, hat der Senat die Ausstellung "Hamburger Hafenansichten" unmittelbar vor Ausstellungsbeginn am 8. Juni abgesagt. Der deutsche Generalkonsul in New York zeigte sich "völlig überrascht" und äußerte sein Bedauern, dass "Hamburg seine Möglichkeiten nicht nutzt".

Ich frage erstens: Welche Behörde war mit welchen Finanzmitteln an der Organisation der Ausstellung beteiligt beziehungsweise dafür zuständig?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Maier! Von Juni 2004 bis Oktober 2004 wird in New York im Museum of Ellis Island eine Hamburger Auswandererausstellung zum Thema "Auswanderung über Hamburg" in Verbindung mit dem Projekt "Link to your Roots", das einen Internetzugriff auf digitalisierte Hamburger Auswanderungslisten bis 1910 bietet, stattfinden.

Die Ausstellung wurde bereits in ähnlicher Form in Hamburg auf der "Cap San Diego" präsentiert. Die Ausstellung wird in New York vom deutschen Generalkonsul und einem Vertreter des Senats eröffnet werden. Es gab Überlegungen, daneben eine kleinere Präsentation "Hamburger Hafenansichten" zu veranstalten. Diese Präsentation befindet sich im Übrigen derzeit hier im Hamburger Rathaus in den Eingangshallen. Die Organisation und Finanzierung der Ausstellung "Hamburger Hafenansichten" lag ausschließlich bei der Hafen Hamburg Marketing e. V. und damit eventuell verbundene vertragliche Regelungen zwischen der Hamburger Hafen Marketing GmbH und den Betreibern des Museumsschiffs Peking sind dem Senat nicht bekannt.

Präsident Berndt Röder: Herr Dr. Maier für die zweite Frage.

Dr. Willfried Maier GAL: Die zweite Frage lautet: Wer hat von Senatsseite die Ausstellung abgesagt beziehungsweise die Absage veranlasst? Denn man kann nach Ihren Auskünften davon ausgehen, dass möglicherweise die Marketing Gesellschaft zwar unmittelbar abgesagt hat, aber irgendjemand im Senat es veranlasst haben wird.

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Die Hafen Hamburg Marketing e. V. hat eine mögliche Ausstellung auf Veranlassung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit abgesagt. C

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Maaß.

Christian Maaß GAL:* Gab es denn einen Beschluss des Senates, diese Ausstellung durchzuführen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Der Senat hat sich mit dieser Frage nicht befasst.

Präsident Berndt Röder: Eine zweite Nachfrage des Abgeordneten Maaß.

Christian Maaß GAL:* Auch nicht mit der Absage, es gab keinen Senatsbeschluss zu der von der Wirtschaftsbehörde veranlassten Absage?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Auch damit, Herr Abgeordneter, hat sich der Senat nicht befasst.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Egloff.

Ingo Egloff SPD: Ich frage den Senat, was die Gründe für die Absage waren? D

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Diese Frage ist Gegenstand einer Schriftlichen Kleinen Anfrage. Ich verweise auf die Drucksache 18/222, die der Senat fristgemäß schriftlich beantworten wird.

(*Christian Maaß GAL:* Das ist ja noch schöner! Das müssen Sie hier machen! Das ist doch eine Frechheit!)

Präsident Berndt Röder: Weitere Fragen sehe ich nicht.

(Zuruf von *Dr. Willfried Maier GAL*)

– Verehrter Herr Abgeordneter Dr. Maier, das Melden hilft. Nun bekommen Sie auch das Wort zu einer Nachfrage.

Dr. Willfried Maier GAL: Gibt es da eine neue Auslegung der Regeln des Parlamentes, dass, wenn hier Fragen gestellt werden, sie hier nicht beantwortet werden, sondern auf einen schriftlichen Vorgang verwiesen wird?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Abgeordneter, der Abgeordnete Maaß hatte zuvor die Frage gestellt, welche Gründe zu der Absage geführt haben.

(*Uwe Grund SPD:* Dann tragen Sie die vor!)

- A Daraufhin ist geantwortet worden, dass sich der Senat damit nicht befasst hat.

Sie hatten dann die Frage gestellt, welche Gründe zu dieser Absage beziehungsweise zu dieser Veranlassung geführt haben. Daraufhin ist geantwortet worden, dass sich der Senat damit nicht befasst hat und im Übrigen eine Schriftliche Kleine Anfrage vorliegt, die der Senat fristgemäß beantworten wird.

Präsident Berndt Röder: Eine zweite Nachfrage des Abgeordneten Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, ich habe ein Problem mit der Auslegung unserer Regeln hier durch den Senat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Senat kann sich schlechterdings nicht der Antwort entziehen.

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, wir sind in der Fragestunde. Dann müssen Sie einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag stellen.

Dr. Willfried Maier GAL: Dann stelle ich den geschäftsordnungsmäßigen Antrag, dass der Senat sich an die Geschäftsordnung dieser Bürgerschaft halten soll

(Beifall bei der GAL und der SPD)

und dass der Präsident dabei hilft.

- B **Präsident Berndt Röder:** Ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 15.25 Uhr

Wiederbeginn: 15.38 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz. Wir fahren mit der Sitzung fort.

Ich habe noch die Nachfrage von Herrn Dr. Maier. Er hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Staatsrat, wie ich hörte, wurden nicht nur Überlegungen für diese Ausstellung angestellt, sondern sie war schon zu Ende geplant, sodass sie schon für vier Tage gezeigt werden konnte. Wie hoch waren die Kosten, die durch die Absage für die Hamburg Werbung entstanden sind?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Darüber habe ich keine Kenntnis.

(Uwe Grund SPD: Sie können das ja zu Protokoll geben!)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Staatsrat, trifft es zu, dass einer der Gründe für die Absage dieser Ausstellung der folgende war: Der ehemalige Präses der Handelskammer, Herr Schües, plant, die "Peking" in New York zu kaufen. Befürchtet er, dass durch eine Hamburger Ausstellung die Aufmerksamkeit für dieses Schiff größer wird und dadurch der Preis steigen könnte?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Kerstan! Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, hat sich der Senat mit den Gründen, die zu der Absage der Hafenausstellung geführt haben, noch nicht befasst. Die Meinungsbildung des Senats ist noch nicht abgeschlossen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber eine Meinung ist schon getroffen! – Uwe Grund SPD: Aber der Senat muss sich eine Meinung bilden über das, was schon geschehen ist!)

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Trifft es denn zu, dass der eben geschilderte Grund für den Senator ausschlaggebend war, die Absage zu erteilen? Denn eine Absage wurde erteilt – und das wird der zuständige Fachsenator gewesen sein.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Kerstan! In Ergänzung zu dem, was ich zur vorherigen Frage erklärt habe, ist zu Ihrer jetzigen Frage noch auszuführen, dass der Senat zu Geschäften von Kaufleuten nicht Stellung nimmt.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Finck.

Henning Finck CDU: Herr Staatsrat, trifft es zu, dass für den Fall, dass es sich herausstellen würde, dass der Zustand der "Peking" derart schlecht ist und daher eine Ausstellung aus der Hansestadt ungeeignet wäre, durchaus gute Gründe gäbe, diese Ausstellung abzusagen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Zu hypothetischen Fragen nimmt der Senat nicht Stellung.

(Dr. Willfried Maier GAL: Dazu hat man ja die Ausstellung geplant!)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Egloff.

Ingo Egloff SPD: Ich stelle die Frage an den Senat, ob es zutrifft, dass der Vizepräsident der Handelskammer, Herr Schües, mit dem Ansinnen in der Wirtschaftsbehörde vorgesprochen hat, diese Ausstellung nicht stattfinden zu lassen.

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

A **Staatsrat Gunther Bonz:** Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Auch damit hat sich der Senat noch nicht befasst.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Müller. Dann eine Nachfrage des Abgeordneten Grund.

Farid Müller GAL: Wie gedenkt der Senat den Schaden, der durch die Absage in New York bei den auf der Gegenseite verhandelnden Menschen in New York entstanden ist, wieder gutzumachen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat, darf ich Sie bitten, nicht zu antworten? Den Abgeordneten Müller hatte ich ausdrücklich nicht aufgerufen, sondern den Abgeordneten Grund.

Uwe Grund SPD: Aber er hat seine Frage doch schon gestellt. Sie haben seinen Namen sogar genannt.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Nein, wenn Sie nicht wollen, dann ist der Abgeordnete Dees dran.

Uwe Grund (fortfahrend): Einen schönen, guten Tag, Herr Präsident! Ich nehme das Wort wahr.

Herr Staatsrat, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist es so, dass die Wirtschaftsbehörde entschieden und veranlasst hat, diese Ausstellung nicht durchzuführen. Der Wirtschaftssenator sitzt neben Ihnen und schüttelt immer mit dem Kopf. Vielleicht ist der Wirtschaftssenator in der Lage – das ist meine Frage –, die Frage zu beantworten, warum seine Behörde diese Veranstaltung abgesagt hat oder dieses veranlasst hat.

B

(Beifall bei *Christian Maaß GAL*)

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Ich habe es vorhin schon ausgeführt, dass dies auf Veranlassung der Wirtschaftsbehörde geschehen ist. Die Gründe dafür werden im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage im Senat erörtert werden. Die Meinungsbildung des Senats ist dazu noch nicht abgeschlossen.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Dees.

Hans-Christoff Dees SPD: Herr Staatsrat, trifft es zu, dass Herr Schües in die Vorbereitungen der Ausstellung involviert war?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Die Vorbereitung der Ausstattung hatte die Hafen Hamburg Marketing e. V. übernommen.

(*Uwe Grund SPD:* Die Frage war eine ganz andere! – *Gegenruf Wolfhard Ploog CDU:* Sie haben doch eine Antwort gekriegt!)

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Farid Müller. C

Farid Müller GAL: Wie gedenkt der Senat denn den Schaden, der durch die kurzfristige Absage der Ausstellung entstanden ist – auch vor dem Hintergrund der anderen Aktivitäten, zum Beispiel der Auswanderungshallen und anderer – wieder gutzumachen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Müller! Wie ich eingangs erwähnte, wird vom Juni bis Oktober 2004 in dem Museum auf Alice Island die große Hamburger Auswandererausstellung stattfinden. Sie wird nach heutigem Kenntnisstand von dem deutschen Generalkonsul und auch in Anwesenheit eines Vertreters des Senats eröffnet werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Ausstellung aufgrund der zugrunde liegenden Konzeption eine entsprechend hochwertige Präsentation und auch Werbung für Hamburg ist.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage des Abgeordneten Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Ich bin begeistert, dass ich jetzt zu Wort komme.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Gefühle spielen hier keine Rolle. Bitte stellen Sie die Frage. D

(Beifall bei der CDU)

Jürgen Schmidt (fortfahrend): Herr Staatsrat, Sie haben ausgeführt, dass sich der Senat mit den Gründen befassen will. Meine Frage lautet: Liegen die Gründe nicht bereits jetzt schon vor?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Schmidt! Die Gründe werden dem Senat mitgeteilt werden und er wird sich damit befassen.

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Frage des Abgeordneten Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Wie beurteilt der Senat die Außenwirkung dieser sehr kurzfristigen Absage?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Schmidt! Ich kann mich nur wiederholen: Die Hamburger Auswandererausstellung ist langfristig geplant und wird – mit dem entsprechenden Marketingvorlauf – von Juni bis Oktober dieses Jahres stattfinden und die erhofften Effekte zeitigen.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Goetsch.

- A **Christa Goetsch** GAL: Herr Staatsrat, ist es in der Wirtschaftsbehörde üblich, dass erst Entscheidungen getroffen werden und dann über die Gründe nachgedacht wird?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Herr Präsident, Frau Abgeordnete! Entscheidungen werden vorbereitet und dann getroffen.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Nachfrage von der Abgeordneten Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Ich lasse es.

(*Wolfhard Ploog* CDU: Das ist auch besser!)

Präsident Berndt Röder: Dann sehe ich keine weiteren Nachfragen.

Ich komme nunmehr zur Frage 4 und rufe den Abgeordneten Harlinghausen auf.

Rolf Harlinghausen CDU:* Bürgermeister Ole von Beust besuchte Anfang Mai, wenige Tage nach dem EU-Beitritt Polens, mit einer Delegation die polnische Hafenstadt Danzig. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode gab es zur Vertiefung der Beziehungen verschiedene Kontakte von Vertretern Hamburgs und Polens, darunter das Treffen von Wirtschaftssenator Gunnar Uldall mit dem polnischen Wirtschaftsminister Jacek Piechota und weiteren hochrangigen Vertretern der polnischen Regierung.

Ich frage den Senat:

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muss ein bisschen für Ruhe sorgen. Nun haben Sie, und zwar ausschließlich Sie, das Wort, um die Frage zu stellen.

Rolf Harlinghausen (fortfahrend): Ich bedanke mich.

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Bedeutung der Beziehungen Hamburgs zu Polen?

(Zurufe von der SPD: Gut!)

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Stuth.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Harlinghausen! Der Senat bewertet die Bedeutung außerordentlich hoch. Deswegen ist der Erste Bürgermeister seit seiner Amtsübernahme in der Ostseeregion Polens bereits das zweite Mal gewesen. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass über 20 000 polnische Staatsangehörige bei uns in Hamburg leben, Hamburg der bedeutendste Hafen für Polen ist, es im Bereich Kultur und Wissenschaft eine sehr enge Zusammenarbeit gibt und der Hamburger Senat praktisch wöchentlichen Kontakt zum polnischen Generalkonsulat hat.

Präsident Berndt Röder: Die Nachfrage des Abgeordneten Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU:* Nein, die zweite Frage.

Welche neuen Perspektiven der Zusammenarbeit Hamburgs und Danzigs haben sich aus dem Besuch Ole von Beusts ergeben?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Stuth.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Harlinghausen! Ich möchte beispielhaft drei Bereiche nennen.

Erstens: Die Präsidenten der Handwerkskammer Hamburg und der Pommerschen Handwerkskammer haben ein Abkommen unterzeichnet, das insbesondere eine Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen vorsieht und die Organisation von Kursen, Seminaren, Schulungen und den Austausch von Mitarbeitern und Lehrlingen beinhaltet.

Zweitens: Es gab einen konkreten Erfahrungsaustausch zum Thema Elb-Philharmonie, weil in Danzig gerade eine Ostsee-Philharmonie im Bau, teilweise schon in Betrieb ist.

Drittens: Der Erste Bürgermeister hat einen Vertreter Danzigs zur dritten Hamburger Konferenz für nachhaltige Entwicklung am 21. Juni nach Hamburg eingeladen, um gerade auch die neuen Mitgliedsländer – dazu zählt insbesondere Polen – an unsere Nord-Süd-Beziehungen besser anzukoppeln. Die polnische Seite hat diese Einladung angenommen.

Rolf Harlinghausen CDU:* Ich möchte zwei Nachfragen stellen.

Erstens: Ist ein gemeinsames Auftreten Hamburgs und Danzigs bei der Europäischen Union geplant?

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter, das war erst einmal eine Frage, Sie wollten zwei stellen.

Rolf Harlinghausen:* Ich möchte die Antwort erst einmal abwarten.

(*Erhard Pumm* SPD: Das ist so abgestimmt!)

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Stuth.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Harlinghausen! Wir überlegen in der Tat ein gemeinsames Auftreten von Hamburg und der Woiwodschaft Pommern beziehungsweise der drei Städte Danzig, Zoppot und Gdingen in Brüssel. Diese Woiwodschaft und die drei Städte organisieren derzeit ihre Vertretung in Brüssel neu. Angesichts dessen hat der Bürgermeister angeboten, nach einem Weg zu suchen, räumlich näher miteinander verbunden zu werden. Optionen hinsichtlich konkreter Immobilien werden jetzt geprüft.

Es bietet sich insoweit an, dass Hamburg mit Schleswig-Holstein gemeinsam – und in direkter Nachbarschaft zu Bremen – in Brüssel vertreten ist. Bremen ist die Partnerstadt von Danzig und begrüßt das Angebot des Hamburger Bürgermeisters ausdrücklich. Ein Haus

- A weiter befinden sich vier schwedische Regionen, unter anderem auch Malmö. Dieses alles führt dazu, dass auch von polnischer Seite – vom Bürgermeister aus Danzig – ein sehr hohes Interesse an diesem Angebot besteht. Jetzt müssen wir schauen, ob dies finanzierbar ist und ob die Interessen zusammengeführt werden können.

Präsident Berndt Röder: Die zweite Nachfrage des Abgeordneten Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Herr Staatsrat, ist Ihrer Kenntnis nach auch eine stärkere Präsenz Danzigs in Hamburg geplant?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Harlinghausen! Auch darüber ist während der Reise des Bürgermeisters gesprochen worden.

(Doris Mandel SPD: Ja, Einkaufszentrum!)

Die polnische Seite hat angekündigt, dass sie am 14. und 15. November in Hamburg eine große wirtschaftliche und kulturelle Präsentation durchführen wird, und zwar wird es wieder die Wojwodschaft Pommern gemeinsam mit den drei Städten Danzig, Zoppot und Gdingen sein. Die Bürgermeister dieser drei Städte haben ihre Teilnahme bereits angekündigt. Wir freuen uns ganz besonders, dass Danzig in Hamburg stärker sichtbar wird.

- B **Präsident Berndt Röder:** Sodann fragt der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL: Vor dem Hintergrund, dass Danzig bereits eine Partnerschaft zu Bremen hat: Welche genauen strategischen Interessen hat Hamburg in Danzig?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Müller! Im Gegensatz zum Leben der Menschen ist bei den Städten eine Vielehe nicht nur zulässig, sondern auch gängige Praxis.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Müller?

Farid Müller GAL: Ja, abseits von der Vielehe.

Welche Gedanken hat sich der Senat bisher dazu gemacht, warum gerade die Region Danzig die strategischen Interessen – nicht nur wirtschaftlicher Art – Hamburgs berührt? Haben möglicherweise auch andere Regionen eine Rolle gespielt oder könnten diese spielen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Stuth.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter Müller! Für Hamburg liegt es natürlich nahe, dass wir uns vor allen Dingen rund um die Ostseeregion

umsehen. Da gibt es die beiden Häfen Stettin und Gdingen/Danzig. Wir sind in Danzig auf ein großes Interesse gestoßen, was auf Gegenseitigkeit beruht. Hafenstädte passen einfach zusammen, Hansestädte allemal.

Präsident Berndt Röder: Nunmehr fragt der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Herr Staatsrat, heißt das, dass Sie außerhalb der Ostseeregion den Blick nicht weiten und möglicherweise die Zusammenarbeit mit anderen Städten in Polen für nicht möglich halten und ausschließen?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Stuth.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Herr Abgeordneter! Nein.

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Dann möchte ich Sie fragen: In welchen anderen Regionen in Polen sehen Sie strategische Interessen für Hamburg, die für eine Zusammenarbeit oder eine Kooperation sprechen könnten?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat, diese Frage sprengt den Rahmen; Sie brauchen diese nicht zu beantworten, wenn Sie dies nicht möchten.

Staatsrat Reinhard Stuth: Alle Regionen Polens kommen selbstverständlich für eine Zusammenarbeit in Betracht. Es gibt in Polen beispielsweise Universitäten wie die in Warschau – aber auch anderswo –, die außerhalb der Ostseeregion mit Hamburg zusammenarbeiten. Der Wirtschaftssenator hat in Warschau vor einiger Zeit eine sehr konkrete Zusammenarbeit praktiziert. Grundsätzlich kommen alle Gebiete Polens in Betracht.

Präsident Berndt Röder: Eine weitere Nachfrage von der Abgeordneten Dr. Brüning.

Dr. Barbara Brüning SPD: Herr Staatsrat, ich hätte gerne gewusst, ob der Bürgermeister in Danzig auch über Projekte im Bereich Wissenschaft und Forschung verhandelt hat.

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Stuth.

Staatsrat Reinhard Stuth: Herr Präsident, Frau Abgeordnete Dr. Brüning! Dieses Mal nicht, weil es ein sehr kurzer Besuch und der eigentliche Anlass eine Einladung von polnischer Seite war. Sie wollte den Ersten Bürgermeister anlässlich der Feierlichkeiten zum Beitritt Polens in die Europäische Union gern als Festredner haben. Um diesen eigentlichen Anlass herum wurden dann einige wenige Termine mit sehr konkreten Ergebnissen gruppiert, die ich vorhin geschildert habe.

Präsident Berndt Röder: Weitere Fragen sehe ich nun nicht mehr und komme damit zur Frage 5. Ich rufe die Abgeordnete Dr. Hilgers auf.

- A **Dr. Andrea Hilgers SPD:** Der Senat gibt neuerdings in Kleinen Anfragen – zum Beispiel in der Drucksache 18/149 – nur noch den Versorgungsgrad für Krippe inklusive Tagespflege an.

Ich frage den Senat:

Wie ist derzeit der Versorgungsgrad für Krippe ohne Tagespflege?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: In Hamburg sind bisher die Versorgungsgrade immer auf alle Betreuungsangebote für eine Altersstufe bezogen worden, das heißt auch mit Tagespflege. Aber ich kann Ihnen aus der Anfrage, Drucksache 18/60, auch sagen, wie groß der Prozentsatz für Krippen ohne Tagespflege ist. Er beträgt 14 Prozent, insgesamt sind es mit Tagespflege 18,5 Prozent.

Präsident Berndt Röder: Die zweite Frage der Abgeordneten Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Welcher Krippenversorgungsgrad ohne Tagespflege wird für 2004 angestrebt?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat.

- B **Staatsrat Dr. Reiner Schmitz:** Frau Abgeordnete, die zuständige Behörde strebt an, ab August 2004 jedem Kind, dessen Eltern zur Ausübung ihrer Berufstätigkeit darauf angewiesen sind, einen Betreuungsplatz zu bewilligen. Der sich daraus ergebende Versorgungsgrad kann erst nach Abschluss einer Detailprüfung angegeben werden.

Präsident Berndt Röder: Eine Nachfrage der Abgeordneten Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Meine erste Nachfrage: Wie hat sich der alleinige Krippenversorgungsgrad ohne Tagespflege in den letzten Jahren – circa ab 1999 bis 2003 – entwickelt?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Abgeordnete, dazu kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Schade.

Wissen Sie denn vielleicht, in wie vielen Einrichtungen derzeit Krippenplätze in Elementarplätze umgewandelt werden?

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Auch darauf kann ich Ihnen leider keine Antwort geben.

Präsident Berndt Röder: Es fragt die Abgeordnete Rogalski-Beeck.

- Karin Rogalski-Beeck SPD:*** Ich möchte den Senat fragen, wie viele Krippenplätze in Elementarplätze umgewandelt wurden. Können Sie das beantworten? C

Präsident Berndt Röder: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Nein, leider kann ich dies auch nicht beantworten.

Karin Rogalski-Beeck SPD:* Wäre es denn möglich, dieses zu Protokoll zu beantworten?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Und die vorigen auch!)

– Und die vorigen auch, falls das bei Ihnen nicht angekommen sein sollte.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ich werde es der zuständigen Behörde aufgeben; dann wird dies zu Protokoll beantwortet.

Präsident Berndt Röder: Weitere Fragen sehe ich zu diesem Thema nicht.

Dann rufe ich die Frage 6 auf. Herr Abgeordneter Maaß.

Christian Maaß GAL:* Im Zuge der Asbestsanierung des Elbtunnels ist es zu Streitigkeiten zwischen der Stadt und der die Sanierung durchführenden Arbeitsgemeinschaft von Unternehmen gekommen, an der auch die TEREK als Tochter der städtischen Hamburger Hochbahn AG beteiligt ist. D

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wie groß ist der erwartete wirtschaftliche Schaden für die TEREK durch die Kündigung des Sanierungsvertrages durch die Stadt?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Antwort gibt Herr Staatsrat Dr. Doppler.

Staatsrat Dr. Heinrich Doppler:* Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Zutreffend ist, dass es im Zuge der Asbest-Sanierung der Oströhre des Elbtunnels zu Streitigkeiten zwischen der die Sanierung durchführenden Arbeitsgemeinschaft – bestehend aus der TEREK Gebäudeservice GmbH und der TVF Thyssen VEAG Flächenrecycling GmbH – gekommen ist.

Letztlich wurde das Vertragsverhältnis mit der Arbeitsgemeinschaft vonseiten des Bauherrn aus wichtigem Grund gekündigt. Die Arbeitsgemeinschaft hat mittlerweile ein selbstständiges Beweisverfahren vor dem Landgericht Hamburg angestrengt. Die Frage nach der Höhe des zu erwartenden wirtschaftlichen Schadens für die TEREK kann ich aus tatsächlichen, aber auch aus rechtlichen Gründen nicht beantworten. Aus tatsächlichen Gründen kann ich sie nicht beantworten, weil sich ein wirtschaftlicher Schaden der TEREK erst nach einer gerichtlichen Klärung oder nach dem Abschluss eines Vergleichs beziffern lässt. Rechtliche Gründe, die einer Beantwortung entgegenstehen: Durch meine Beantwortung würden geschützte Geschäftsgeheimnisse und Betriebsinterna der TEREK und vor allem auch des mit der Freien und Hansestadt

- A nicht verbundenen zweiten Partners in der Arbeitsgemeinschaft, der TVF Thyssen VEAG Flächenrecycling, offenbart werden.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Eine weitere Frage des Abgeordneten Maaß.

Christian Maaß GAL:* Dann möchte ich bei der möglichen gerichtlichen Klärung, die Sie angesprochen haben, nachfragen, ob die TEREK vonseiten der Stadt oder eines Vertreters der Stadt angewiesen wurde, auf eine Klage gegen die Stadt gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft zu verzichten?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Heinrich Doppler:* Dazu kann ich mich nicht äußern, das weiß ich nicht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Eine weitere Frage? Das Wort hat der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Ist der TEREK in irgendeiner Form eine finanzielle Zuwendung aufgrund des entstehenden wirtschaftlichen Schadens durch die Muttergesellschaft, die Hamburger Hochbahn, versprochen worden?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Staatsrat Dr. Doppler.

B

Staatsrat Dr. Heinrich Doppler:* Auch dazu kann ich mich nicht äußern, weil ich das nicht weiß.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Gibt es weitere Fragen zu dem Bereich? – Abgeordneter Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Staatsrat, können Sie die Fragen, die Sie jetzt, weil Sie nicht vorbereitet sind und von den Fragen nichts wussten, nicht beantworten können, wenigstens nach der Bürgerschaftssitzung eruieren und uns zu Protokoll geben?

Staatsrat Dr. Heinrich Doppler:* Sofern das möglich ist, werde ich das tun.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Gibt es weitere Fragen zu dem Bereich? – Herr Abgeordneter Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Herr Staatsrat, ist vom Gericht mittlerweile die Höhe des Streitwertes festgelegt worden?

Staatsrat Dr. Heinrich Doppler:* Zu dem laufenden Gerichtsverfahren werde ich mich hier nicht äußern.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Gibt es weitere Nachfragen? – Die sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur nächsten Frage. Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU: Derzeit laufen die Vorbereitungen, um ein Emissionshandelssystem bis zum 1. Januar 2005 einzuführen.

C

Inwieweit ist der Senat aktiv, um den Emissionshandel in Hamburg anzusiedeln?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Staatsrätin Dr. Gundelach.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Kruse! Zurzeit liegt der Schwerpunkt für Aktivitäten des Hamburger Senats auf der möglichst zügigen Verabschiedung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, das gegenwärtig im Vermittlungsausschuss liegt, damit die Hamburger Wirtschaft Gewissheit über das weitere Verfahren und Verlässlichkeit für ihr Handeln hat. Darüber hinaus hat sich im Allokationsplan, der in der Zwischenzeit im entsprechenden Gesetzentwurf ebenfalls im Bundestag vorliegt, herausgestellt, dass das Handelsvolumen voraussichtlich erheblich geringer ausfällt als ursprünglich gedacht wurde.

Im Übrigen wird der Emissionshandel auf europäischer Ebene stattfinden. Da Deutschland aber rund ein Drittel der Emissionen stellt, besteht durchaus eine Chance, den Emissionshandel nach Deutschland zu holen. Dies ist aber in erster Linie eine Sache der Bundesregierung. Inwieweit Hamburg dann, falls dieses gelingen sollte, die Chance hat, den Emissionshandel nach Hamburg zu ziehen, kann ich im Augenblick nicht abschließend beantworten. Ich kann Ihnen aber zusichern, dass wir dazu gegenüber der Bundesregierung alle Anstrengungen unternehmen werden.

D

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Gibt es dazu weitere Fragen? – Die sehe ich nicht. Dann rufe ich die nächste Frage auf. Der Abgeordnete Farid Müller hat das Wort.

Farid Müller GAL: Nach der Bürgerschaftswahl hat der Senat Verhandlungen mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von Gruner + Jahr, Herrn Schulte-Hillen, begonnen mit dem Ziel, ihn als Medienbeauftragten des Senats zu gewinnen, und diese vor wenigen Wochen scheitern lassen.

Warum glaubte der Senat, einen Medienbeauftragten benennen zu müssen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Antwort gibt Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter Müller! Zu dieser Frage ist noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden. Die mögliche Einsetzung eines Medienkoordinators war unter anderem eine von zehn Handlungsempfehlungen, die die Handelskammer zur Stärkung des Medien- und Internetstandorts im Dezember 2002 vorgeschlagen hat. Für die Einsetzung eines Medienkoordinators sprechen mehrere Gründe: die stärkere Präsenz insbesondere im Ausland, Koordinierungsfunktionen und Möglichkeiten, die Medienunternehmen außerhalb Hamburgs stärker zu repräsentieren und Kontakte zu knüpfen.

- A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Die zweite Frage des Abgeordneten Müller.

Farid Müller GAL: Woran sind die Verhandlungen mit Herrn Schulte-Hillen konkret gescheitert?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Der Senat hat mit Herrn Schulte-Hillen keine Verhandlungen geführt. Einige Mitglieder des Senats haben mit Herrn Schulte-Hillen Gespräche geführt. Über Inhalt und Einzelheiten dieser vertraulichen Gespräche gibt der Senat grundsätzlich keine Auskunft.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Müller.

Farid Müller GAL: Wer hat die Verhandlungen im Auftrag des Senats konkret geführt, die Wirtschaftsbehörde oder die Senatskanzlei?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Für diese Gespräche gab es keinen Auftrag des Senats.

- B **Farid Müller GAL:** In den Medien wurde berichtet, dass sich in der Frage, ob man einen Medienbeauftragten brauche oder nicht, Ole von Beust gegenüber dem Wirtschaftssenator Herrn Uldall durchgesetzt habe. Das hat dann dazu geführt, Herrn Schulte-Hillen anzusprechen. Jetzt, wo alles im Sande verläuft, stellt sich die Frage, woran es nun wirklich gescheitert ist, auch wenn Sie das hier nicht so sagen mögen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Der Senat nimmt zu entsprechenden Berichterstattungen in der Presse grundsätzlich nicht Stellung.

Farid Müller GAL: Wird es in Zukunft einen Medienbeauftragten für Hamburg geben?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Herr Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter Müller! Wie ich in meiner Antwort zur ersten Frage bereits ausgeführt habe, ist die Entscheidungsfindung darüber noch nicht abgeschlossen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Staatsrat Bonz, können Sie bestätigen, was Herr Schulte-Hillen auf einer Veranstaltung in der Volksfürsorge vor etwa 300 Medien-

vertretern gesagt hat, dass er sich im Gespräch mit Ole von Beust geeinigt habe, dass es keinen Medienbeauftragten Schulte-Hillen geben solle? C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Staatsrat Bonz.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Unabhängig und in Ergänzung zu meiner zur Frage zwei genannten Antwort war ich bei den Gesprächen nicht dabei und kann deswegen auch dazu keine Antwort geben.

(Lachen bei Dr. Willfried Maier GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Staatsrat Bonz, finden Sie es nicht merkwürdig, dass Sie jetzt damit argumentieren, nicht dabei gewesen zu sein, während Sie vorher die ganze Zeit auf Befasstheitsgrade des Senats abgehoben haben.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Vorhin hatten Sie Ihre Frage an den Senat gerichtet, eben haben Sie mich persönlich angesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wir kommen zur nächsten Frage. Die Abgeordnete Fiedler hat das Wort. D

Luisa Fiedler SPD:* Einem Bericht des "Hamburger Abendblattes" vom 30. April zufolge soll in der Senatskanzlei wegen der seit längerer Zeit nicht ausreichend fließenden Sponsorengelder zur Realisierung des Auswanderermuseums ein so genannter Krisengipfel stattgefunden haben.

Erstens: Trifft es zu, dass es ein solches Gespräch gab und dass sich inzwischen sowohl die Wirtschaftsbehörde als auch die Senatskanzlei mit der Frage des Auswanderermuseums befasst haben?

Zweitens: Wer hat zwischenzeitlich die Aufgabe der Gewinnung von Sponsoren übernommen, für die laut Senatssprecher Schnee – zitiert im "Hamburger Abendblatt" vom 19. März 2004 – seinerzeit Staatsrat Behlmer verantwortlich gewesen ist?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Senatorin Professorin Dr. von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete! Zur Frage eins: Es trifft nicht zu, dass es im Zusammenhang mit der Realisierung des Projekts bei der Stadt einen Krisengipfel gegeben hat. Richtig ist vielmehr, dass das Projekt im Rahmen der turnusgemäßen Gespräche zwischen der Senatskanzlei, der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Handelskammer ein Thema neben zahlreichen anderen war.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Stiftung Hamburg Maritim hat sich bisher nicht ohne Erfolg um die Sponsoring-

- A Einwerbung gekümmert. Für das Projekt ist derzeit aber entscheidender, dass ein Betreiber gefunden werden soll, der die Einrichtung wirtschaftlich auch betreiben kann. Das Auswahlverfahren für einen Betreiber ist noch einmal verlängert worden. Mit einem Ergebnis wird bis Ende Juli 2004 gerechnet. Anschließend wird sich das Kuratorium der Stiftung Hamburg Maritim mit dem Projekt befassen, mit dem wir natürlich in engem Kontakt stehen. Eine Entscheidung über weitere Sponsorenwerbung wird im Anschluss daran zu treffen sein. Die Aufgabe, Spenden einzuwerben, lag nicht bei Herrn Staatsrat Behlmer, denn es nicht die Aufgabe von Staatsräten, Spenden einzuwerben, sondern die Aufgabe hat in diesem Fall die Stiftung Maritim übernommen. Natürlich sind wir sehr dankbar über diese Aktion der Stiftung Maritim.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Eine Nachfrage der Abgeordneten Fiedler.

Luisa Fiedler SPD: Welche eigenständige Aufgabe hinsichtlich der Auswandererhallen hat zwischenzeitlich die Kulturbehörde neben Wirtschaftsbehörde und Senatskanzlei?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Senatorin Professor Dr. von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete! Die Kulturbehörde hatte die Aufgabe und das hat seinerzeit Herr Staatsrat Behlmer übernommen, einen Lenkungsausschuss zu diesem Thema zu leiten.

B

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die nächste Frage hat der Abgeordnete Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Senatorin, wie hoch schätzt der Senat die Erfolgsaussichten ein, dass es zwischen der Stiftung Maritim und der Kulturbehörde noch zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit zur Gründung dieser entsprechenden Einrichtung kommen kann?

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es antwortet Frau Senatorin Professor Dr. von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Da sich die Stiftung Maritim wirklich unglaublich anstrengt, Sponsorenmittel einzuwerben, haben wir alle zugestimmt, dass die Frist bis Ende Juli 2004 verlängert wird. Wir sollten der Stiftung Maritim eine realistische Chance geben, die erforderlichen Mittel einzuwerben.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die nächste Frage hat die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD: Frau Senatorin, Sie haben eben ausgeführt, dass die Stiftung sich unglaublich anstrengt, Sponsorengelder einzuwerben. Trifft es zu, dass auf ausdrücklichen Wunsch der Kulturbehörde die Stiftung gehalten ist, keine Sponsorengelder mehr in Hamburg einzuwerben, sondern sich ausschließlich auf die Sponsorenwerbung in Übersee zu konzentrieren?

Senatorin Dr. Karin von Welck: Das trifft nicht zu.

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Damit sind wir am Ende der Fragestunde.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14, Drucksache 18/92, Antrag der GAL-Fraktion: Gentechnikfreie Landwirtschaft in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Gentechnikfreie Landwirtschaft in Hamburg
– Drucksache 18/92 –]**

Wer begehrt das Wort? – Herr Maaß, bitte.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zukunftsszenario beginnen, das vielleicht gar nicht mehr so weit entfernt ist.

Stellen Sie sich vor, es kommt eine neue Apfelsorte auf den Markt. Sie verspricht 10 Prozent mehr Ertrag, der durch eine gentechnische Veränderung des Erbguts dieser Sorte hergestellt wird. Nun fangen fünf Obstbauern – eine geringe Zahl – im Alten Land an, diese neue Apfelsorte – oder die veränderte alte Apfelsorte – anzubauen. Nach der ersten Ernte stellt sich heraus, dass die Bienen die Pollen dieser veränderten Äpfel auf benachbarte Felder gebracht haben und die Ernte einer Vielzahl anderer Bauern, vielleicht auch Biobauern, davon betroffen und diese Ernte mit dem gentechnisch veränderten Erbgut kontaminiert ist. Die Folge wäre, dass mehrere 100 Tonnen Äpfel als gentechnisch veränderte Organismen gekennzeichnet werden müssten. Das wiederum hätte zur Folge, dass dieses Obst auf dem deutschen und dem gesamten europäischen Markt praktisch nicht mehr zu verkaufen wäre, weil Dreiviertel der Verbraucher den Verzehr solcher gentechnisch veränderter Organismen wegen weiterhin ungeklärter Risiken dieser Technologie für die Umwelt und für die Gesundheit ablehnen. Das wiederum hätte dann zur Folge, dass die Äpfel aus dem Alten Land, die kontaminiert sind, letztlich nicht mehr hier in der Region vermarktet werden könnten. Sie müssten auf dem Weltmarkt verramscht werden, anstatt hier für gutes Geld regional an den Mann oder an die Frau gebracht werden zu können. Damit wäre für die hamburgische Landwirtschaft ein enormer wirtschaftlicher Schaden eingetreten.

D

Es geht auch nicht nur um die privaten und die wirtschaftlichen Schäden, die zu befürchten sind. Gesellschaftlich hat das natürlich auch Folgen, denn gentechnisch veränderte Organismen sind, wenn sie in die Umwelt gelangen, tatsächlich schwer oder gar nicht mehr zu kontrollieren und sie stellen eine latente, eine potenzielle Gefahr für die genetische Vielfalt und für die Artenvielfalt in dieser Welt dar.

Auch individuelle Risiken können schließlich nicht vollständig ausgeschlossen werden, wenn gentechnisch veränderte Organismen verzehrt werden. Deswegen wollen wir ein anderes Szenario als das eingangs dargestellte. Wir wollen eine Landwirtschaft ohne Risiken für die Umwelt, ohne Risiken für die Gesundheit und ohne so erhebliche Risiken für die Landwirte. Wir wollen eine gentechnikfreie Landwirtschaft,

- A wie sie sich die überwiegende Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in ganz Europa wünscht.

(Beifall bei der GAL)

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auf mehreren Ebenen politische Entscheidungen getroffen werden. Das fängt bei der EU an. Ein vollständiges Verbot von gentechnisch veränderten Organismen, wie wir es bisher faktisch gehabt haben, ist, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, derzeit nicht zu halten. Es gab, das ist Ihnen bekannt, das faktische Moratorium der EU über die letzten acht Jahre, dass keine gentechnisch veränderten Sorten für den europäischen Markt mehr zugelassen werden. Aber die USA haben – mit Aussicht auf Erfolg – vor der Welthandelsorganisation eine Klage angestrengt und aus diesem Grunde ist die einfachste Möglichkeit, gentechnikfreie Landwirtschaft herzustellen, schlicht nicht durchsetzbar. Das heißt aber nicht, dass auf europäischer Ebene auch auf Druck der Verbraucherverbände und auch auf Druck der grünen Fraktionen im Europäischen Parlament keine Handlungsmöglichkeiten bestehen würden.

Das wichtigste Instrument haben die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Hand: Das besteht im Einkaufskorb, denn Politik ist mit dem Einkaufskorb machbar. Voraussetzung dafür ist jedoch ein Höchstmaß an Transparenz. Genau das besteht jetzt seit einem Monat mit der neuen Kennzeichnungsverordnung, die in Kraft ist, wonach solche Produkte, die mehr als 0,9 Prozent gentechnisch verändertes Material enthalten, eindeutig als gentechnisch verändert markiert werden müssen. Es ist erfreulich festzustellen, dass, wie gestern in den Zeitungen zu lesen war, solche Instrumente tatsächlich wirken. In Nordamerika haben die Landwirte erfolgreich Druck auf die Saatgutkonzerne ausgeübt, dass gentechnisch veränderter Weizen vom nordamerikanischen Markt genommen wird, weil dieses Getreide in der EU schlicht nicht zu vermarkten ist. Lassen Sie uns festhalten, dass das ein riesiger Erfolg für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa ist. Sie haben erfolgreich Politik mit dem Einkaufskorb gemacht.

(Beifall bei der GAL)

Auf der zweiten Ebene unterhalb der EU, auf der Ebene des Bundes, gibt es noch erheblichen Regelungsbedarf und Regelungsspielraum. Wir verfolgen als Ziele ein Höchstmaß an Vorsorge innerhalb der Novellierung des Gentechnik-Gesetzes, das sich derzeit im Bundesrat befindet, und eine Minimierung der Risiken für Umwelt und Gesundheit. Ein weiteres Ziel ist, etwaige Schäden, wie ich sie geschildert habe, die eintreten können, nicht auf den Schultern der Gesellschaft zu sozialisieren, sondern sie und auch das Risiko einer solchen Haftung, auf den Schultern derjenigen zu belassen, die schließlich auch einen wirtschaftlichen Vorteil daraus beziehen wollen, dass sie solche Produkte anbauen.

Das heißt ganz konkret für die Novellierung des neuen Gentechnik-Gesetzes, dass wir strenge Schutzregelungen brauchen, die das Risiko zur Auskreuzung gentechnisch veränderter Organismen reduzieren, denn eine Verhinderung der Auskreuzung, das sagte ich und das sagen alle Experten, wird kaum möglich sein. Es muss jedoch ein Höchstmaß an Minimierung dieser Gefahr geschaffen werden. Wir brauchen auch

ein Höchstmaß an Transparenz. Wir brauchen deswegen ein öffentliches Standortregister, denn aus unserer Sicht hat die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, auf welchem Feld, wo in der Landschaft genau, gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Auch die benachbarten Landwirte haben ein Recht zu erfahren, wo genau diese potenziellen Gefahrenquellen für ihre Felder liegen, um dann auch Haftungsansprüche verfolgen zu können.

Aus diesem Grunde – damit bin ich beim Thema Haftung – brauchen wir eine strenge Haftungsregelung. Jetzt geht der zuständige Senator hinaus,

(Bernd Reinert CDU: Der geht mal einen Apfel essen!)

aber gucken wir, ob er sich trotzdem noch für das Thema interessiert.

Wir brauchen eine Haftungsregelung, die das Risiko der Verursachung von Schäden an Umwelt und Nachbarn bei denjenigen belässt, die auch tatsächlich den Nutzen haben. Um das einmal an einem Beispiel deutlich zu machen, worum es geht, wenn man abstrakt über Haftung spricht: Da gibt es im Alten Land einen Biobauern – glücklicherweise gibt es davon viele –, dessen Ernte von einem der fünf mit gentechnisch verändertem Saatgut anbauenden Bauern kontaminiert wird. Dieser Biobauer kann jetzt sein Obst vielleicht nur zu 30 Prozent des Preises vermarkten, den er hier als Direktvermarkter für Bioobst erzielen könnte. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wer für diesen riesigen Schaden aufkommt, der die Existenz ganzer Betriebe aufs Spiel setzen kann. Es gibt, wie gesagt, diese fünf potenziellen Schädiger, aber jeder sagt, ich war es nicht, das muss der andere gewesen sein.

Jetzt hat die Bundesregierung im Entwurf des Gentechnik-Gesetzes einen sehr klugen Vorschlag gemacht, den die Union und dieser Senat verhindern will. Der Vorschlag lautet, dass alle infrage kommenden Schädiger gemeinsam für den Schaden aufkommen sollen. Die CDU und dieser Senat möchten, dass es einen Fonds gibt, der diese Schäden regulieren soll. Das "Beste" ist, es soll auch der Steuerzahler, der Bund, in diesen Fonds einzahlen. Das hat die absurde Konsequenz, dass der Steuerzahler und die Verbraucher, die zu drei Vierteln gerade diese Technologie ablehnen, auch noch für die Schäden einer Technologie aufkommen müssen, die hier nicht gewollt ist, also eine vollkommene Sozialisierung der Risiken. Es ist unglaublich, dass der Senat im Bundesrat so gegen die Interessen der Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher agiert.

(Beifall bei der GAL)

Es ginge auch anders. Wir wollen, dass der Senat im Bundesrat eine verbraucherfreundliche Politik macht und keine Politik, die allein im Interesse einiger weniger Aktionäre multinationaler Großunternehmen steht. Aber auch in Hamburg können wir und kann der Senat ganz konkret etwas tun. Wir als Bürgerschaft können zum Beispiel im Rathaus beschließen, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen wollen, dass wir uns dazu verpflichten, wenn wir hier Empfänge geben und Gäste aus aller Welt empfangen, unseren Gästen nur gentechnikfreie Produkte zu servieren. Das Ganze kann natürlich auch auf die Vergabepraxis des gesamten Senats ausgeweitet werden, denn die Nachfrage-

- A macht, die der Senat in diesem Bereich hat, ist nicht gering. Wir können dem Beispiel anderer Regionen in Deutschland folgen. Wir können unterstützen, dass unter Beteiligung der hamburgischen landwirtschaftlichen Gebiete gentechnikfreie Zonen in Norddeutschland eingerichtet werden. Es gibt vergleichbare Initiativen bereits in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in westdeutschen Regionen. Diese Initiative muss selbstverständlich von den Verbraucherverbänden, von den Landwirten und vom Handel kommen. Aber die Politik kann selbstverständlich unterstützen. Genau das fordern wir vom Senat ein.

(Beifall bei der GAL)

Da Herr Senator Uldall auch Wirtschaftssenator ist und sich als solcher eher versteht als als Landwirtschaftssenator, möchte ich ihm ein wirtschaftliches Argument ans Herz legen. Ich glaube, dass die Möglichkeit, Gentechnikfreiheit auch als Wettbewerbsvorteil zu verstehen, eine große Chance ist. Die Möglichkeit, gentechnikfreies Obst aus dem Alten Land als Marke oder als Teil der Marke zu etablieren, die das Obst aus dem Alten Land jetzt schon darstellt, ist eine Chance für die Stärkung der Landwirtschaft in Hamburg, insbesondere im Alten Land und in den Vier- und Marschlanden. Es stellt sich aber die Frage, ob der Senat eine solche Stärkung der Landwirtschaft bei seiner Politik, die er gegenüber dem Alten Land trotz aller Worte immer knallhart eher gegen die Interessen der Landwirtschaft fährt, überhaupt möchte.

- B Ich komme zum Schluss zurück zum Eingangsszenario. Meine Fraktion möchte dieses Szenario vermeiden. Wir wollen ein positives Szenario. Wir wollen in Hamburg eine Landwirtschaft, die stark und gentechnikfrei ist, die für vorsorgenden Verbraucherschutz sorgt und die im Interesse der Landwirte und der Verbraucherinnen und Verbraucher in Hamburg ist. Um es in einem Wort zu sagen: Wir wollen, dass sich in Hamburg die Gentechnik vom Acker macht.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Stehr.

Dr. Diethelm Stehr CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Maaß, Sie haben hier ein Szenario aufgemacht am Beispiel der Äpfel, das gut klingt, aber es ist unhaltbar, es ist so, wie Sie es dargestellt haben, definitiv falsch. Ich will Ihnen das erläutern. Wenn Sie den Uterus nehmen,

(Antje Möller GAL: Vom Apfel?)

in dem sich ein Baby einpflanzt, und Sie haben ein gentechnikverändertes Baby, dann bleibt der Uterus so, wie er war. Wenn Sie einen Fruchtstand in einem Apfelbaum nehmen und die berühmten Bienen, von deren Pollen Sie gerade gesprochen haben, diesen befruchten, dann wachsen in diesem Fruchtstand, in diesem Uterus, die Kerne. Das heißt, die Kerne sind unverändert, der Apfel nicht. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, sonst machen Sie hier ein falsches Szenario auf. Sie haben von der Transparenz gesprochen. Da sind wir bei Ihnen. Ich werde im Einzelnen darauf kommen, meine Damen und Herren.

Seit Jahrtausenden erlauben wir uns genetische Veränderungen durch Zuchtwahl, um in die Evolution einzugreifen, zu unserem Nutzen. Etwa seit Gründung des Deutschen Reiches kennen wir die Mendelschen Gesetze. Im gleichen Zeitraum entwickelte Charles Darwin seine Evolutionstheorie und vor 50 Jahren haben Crick und Watson die berühmte Doppelhelix – die verwundene Leiter – mit den genetischen Buchstaben ATCG, Adenin, Thymin, Cytosin und Guanin, entdeckt. Sogar der Innensenator ist inzwischen in der Lage, in seinem Hause solch eine DNA-Analyse durchführen zu lassen.

Auf diesem Gebiet tätige Experten sind inzwischen in der Lage, sehr gezielt Sequenzen aus dieser Strickleiter mit Phosphat und dem Zucker Desoxyribose auszuschneiden und wieder einzufügen. Diese Manipulation ist sehr gezielt, sie ist nicht unmoralisch und sie ist nicht unsicherer als die zufällige. Nun haben wir einen Antrag vorliegen, in dem Sie davon gesprochen haben, auf den Nutzen dieser Möglichkeiten zu verzichten. Hamburg soll gentechnikfreie Zone werden. Mich erinnert das sehr an die aberwitzigen Anträge vor 20 Jahren, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

(Dr. Till Steffen GAL: Aber erfolgreich!)

Die grüne Gentechnik unterliegt strengen Zulassungsvoraussetzungen und strengeren Kontrollen als jede andere Produktionsform. So erzeugte Lebensmittel sind nicht bedenklicher als alle anderen, aber die öffentliche Wahrnehmung ist eine andere. Das schreiben Sie in Ihrem Antrag und dem widerspreche ich auch nicht. Aber warum ist das so? Bei den Recherchen bin ich auf ein sehr interessantes Buch eines Psychologen und Wissenschaftsjournalisten gestoßen: "Die Panikmacher": Unsere tägliche Katastrophe gib uns heute.

(Dr. Till Steffen GAL: Das haben Sie schön ausgedrückt!)

Ein typisch deutsches Phänomen.

(Christian Maaß GAL: Das hatten wir schon vier Jahre lang!)

Andere sehen zuerst die Chancen und stellen sich, wenn sie denn erkannt sind, den Risiken. In Deutschland wird zuerst das Risiko gesehen und die Chancen werden übersehen. Warum ist das so? Die Sprache Ihres Antrags ist so bezeichnend.

"... da ... erhebliche Risiken ... nicht ausgeschlossen werden können."

Eine solche Formulierung schwimmt genau auf dieser Welle der Panikmache. Sie versuchen, aus jeder Mücke einen Elefanten zu machen. Ich habe das schon einmal gesagt: Trotz Pusten wird es Ihnen nicht gelingen. Die Chancen dieser Technik werden schlicht geleugnet und übergangen. Ich bin so frei, mit Genehmigung der Präsidentin, den EU-Kommissar David Byrne zu zitieren:

"Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind genauso sicher wie herkömmlich produzierte. Es besteht keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit."

Mykotoxine schaden dem Immunsystem und können Krebs auslösen. Wenn pilzresistente Nahrungsmittel angeboten werden können, ist das ein riesiger Gewinn.

C

D

- A Im globalen Rahmen kann durch den so genannten 'goldenen Reis' – Vitamin-A-Komponente – in vielen Ländern Mangelkrankheiten entgegengewirkt werden. Ernährungsphysiologisch verbesserte Nahrungsmittel sind sehr ehrenwerte Zielsetzungen. Schädlingsresistente Kulturen brauchen nicht gespritzt zu werden. In der nüchternen Risikobetrachtung überwiegt dieser Vorteil. Die Produkte erreichen einen ähnlichen Qualitätsstandard wie Bioprodukte.

Hier liegt ein großes Potenzial. Die Bauern können bei weniger Chemieeinsatz ihre Erträge steigern. Die Belastung der Böden wird reduziert. Weniger Rückstände auf den Produkten, im Oberflächenwasser, im Grundwasser und letztlich im Trinkwasser – ein Gewinn für die Umwelt, aber die Grünen sind dagegen.

Risiko minimieren ja, aber nicht so. Mais, Soja, Raps und Baumwolle werden in den USA, Kanada und Argentinien bereits jetzt im großen Stil angebaut. Wir haben leider Gottes aufgrund Ihrer Verhinderungspolitik bislang keine eigenen Erfahrungen sammeln können. Versuchsweise werden Kartoffeln und Zuckerrüben angebaut. Die viel diskutierte Anti-Matsch-Tomate ist wieder vom Markt verschwunden. Wenn sie nicht schmeckt, nützen auch keine sonstigen guten Eigenschaften.

Wir sind mit Ihnen der Meinung, dass der Verbraucher selbst entscheiden soll, was er möchte oder was er nicht möchte. Dafür ist eine Kennzeichnungspflicht sehr vernünftig. Die ist aber auch ausreichend. Man darf hier nicht die Kennzeichnung mit einer Warnung verwechseln.

B

Wir sind sehr wohl für die Koexistenz von konventionellem Anbau und unter den entsprechend strengen Voraussetzungen zugelassenen neuen Kulturen. Ein sinnvoller rechtlicher Rahmen ist dafür hilfreich und darüber lohnt es sich durchaus auch, im Wirtschaftsausschuss noch zu sprechen. Aber ein Verbot lehnen wir ab. Den von der EU beschlossenen Rahmen sollten wir auch ausschöpfen. Ein faktisch neues Moratorium der Gentechnik, das wir gerade überwunden haben, über den Umweg von gentechnikfreien Zonen ist mit uns nicht zu machen.

Es gibt in Hamburg zurzeit gar kein akutes Regelungsproblem. Wir haben alle Zeit der Welt, in Ruhe zu beraten. Wenn Anträge dafür vorliegen, können konkrete Kulturen immer noch diskutiert und dafür sinnvolle Regelungen getroffen werden. Wenn es ein Risiko gibt und wir es erkannt haben, dürfen wir uns natürlich nicht erlauben, den Kopf in den Sand zu stecken. Aber stattdessen als Alternative den Leuten Sand in den Kopf zu stecken, ist auch nicht vernünftig.

Nun zu Ihrem Petitem. Punkt eins: Die Chancen der Landwirtschaft werden durch diesen Antrag nicht gestärkt, sondern blockiert. Profitieren würden allenfalls die Biobauern. Es mag ja sein, dass Sie das wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Zweitens: Gentechnikfreie Zonen behindern den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen. Wir sind gerade froh, den großen europäischen Binnenmarkt zu haben, und können ihn nicht nun durch lokale Sonderregelungen wieder konterkarieren. Das ist Unsinn.

Drittens: Wir sind für Koalitionsfreiheit. Jeder darf sich für seine Ziele Partner suchen.

(Thomas Böwer SPD: Genau!)

Das ist legitim. Aber eine besondere Unterstützung für Initiativen zur gentechnikfreien Zone durch den Senat müssen wir ablehnen.

Zum Punkt vier: Die überzogenen Haftungsregeln, die Sie hier bereits in dem Gesetzentwurf der Frau Künast zitiert haben, haben den Bundesrat bewogen, diese abzulehnen. Da erwarten Sie doch von uns nicht im Ernst, dass wir dieses durch unser Votum hier wieder einführen wollen.

(Thomas Böwer SPD: Vielleicht sind wir schlauer!)

Bei den Empfängen der Bürgerschaft sollten die gleichen Regeln gelten wie für alle anderen Bürger auch. Es gilt eine Kennzeichnungspflicht. Aber – ich habe es bereits gesagt – die Kennzeichnung darf nicht mit einer Warnung verwechselt werden. Eine anderweitige Praxis in der Bürgerschaft könnte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, dem Bürger sage man, das ist alles nicht so schlimm, aber wir selbst glauben nicht daran. Das wäre, meine Damen und Herren, das absolute falsche Signal.

(Beifall bei der CDU – Thomas Böwer SPD: Genau!)

Ich möchte ja niemanden drängen, aber ich habe keine Probleme mit gentechnisch veränderten Organismen und lasse es mir auch nicht von anderen verbieten.

(Thomas Böwer SPD: Guten Appetit!)

Ich habe schon so viele Pflanzen gegessen und mir sind immer noch keine Wurzeln gewachsen. Ich habe zwar nur noch wenige Haare, aber immer noch keine Blätter auf dem Kopf. Aus dem gleichen Grund kann ich auch dem Petitem im Punkt sechs nicht folgen. Dieser Antrag hat die völlig falsche Zielrichtung, aber weil wir uns der Diskussion um dieses Thema nicht entziehen wollen, sind wir bereit, im Ausschuss dieses Thema gern weiterzubehandeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herrn Stehr drängt es ja offensichtlich geradezu, ganz Deutschland zum Genlabor zu machen und gentechnisch veränderte Organismen auszubringen. Aber eins müssen Sie dabei berücksichtigen, Herr Stehr: Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen das nicht. 70 Prozent der Deutschen lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Auch die Landwirte ziehen nicht mit. Nach der Lage der Dinge – Herr Maaß hat bereits darauf hingewiesen – kann bei uns Gen-Food oder die Herstellung oder der Import von gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht verboten werden. Die Welthandelsorganisation hat festgelegt, dass Produkten der Marktzugang nur verwehrt werden kann, wenn die Produkte gesundheitsschädlich sind. Dies lässt sich aber bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht so ohne weiteres nachweisen.

C

D

A (Dr. Diethelm Stehr CDU: Sehr richtig!)

Aber, Herr Stehr, das Gegenteil leider auch nicht. Darin liegt die Crux. Das ist auch etwas, was das Unbehagen vieler Verbraucherinnen und Verbraucher ausmacht. Sie wollen sicher sein, dass sie sich natürlich ernähren. Darum wurde es höchste Zeit, dass jetzt Lebens- und Futtermittel gekennzeichnet werden müssen, wenn sie gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten, auch wenn diese nicht mehr nachweisbar sind, wie es bisher der Fall war. Und es ist höchste Zeit, dass Verstöße gegen diese Kennzeichnungspflicht auch sanktioniert werden, und es ist notwendig, dass künftig Haftungsregeln für Schäden durch ungewollte Auskreuzungen gentechnisch veränderter Organismen bestehen. Es ist übrigens sehr bemerkenswert, dass die CDU-Ministerpräsidenten im Bundesrat die Vorlage des Bundestages mit zahlreichen Änderungen aufweichen wollten. Der Vermittlungsausschuss hat das aber nicht mitgemacht, meine Damen und Herren, und das Gesetz – Herr Maaß – ist am 5. Mai in Kraft getreten. Dieses Gentechnikgesetz schafft jetzt Klarheit für Verbraucher und Sicherheit für die Landwirte.

Doch auch nach dem In-Kraft-Treten der Regelung sind die Probleme keineswegs vom Tisch. Das Gentechnikgesetz beendet – zugegeben – das bisher stillschweigende Moratorium für die Zulassung gentechnisch veränderter Produkte, aber es wird auch die Entwicklung solcher Produkte weiter forcieren, Herr Stehr, darüber muss man sich klar sein. Darum halten wir gentechnikfreie Zonen in der Landwirtschaft durchaus für notwendig, einmal zum Schutz der Verbraucher und zur Sicherheit für die Natur und nicht zuletzt zum Nutzen der Landwirte. Es besteht ja weitgehend Einigkeit darüber, dass die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen Risiken birgt, deren Folgen man zum Teil noch gar nicht kennt.

(Dr. Diethelm Stehr CDU: Die Sie überschätzen!)

Keiner weiß bisher sicher, Herr Stehr, wie die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen auf die Natur insgesamt wirkt, denn Natur lässt sich nun einmal nicht ausrechnen. Die Erkenntnisse können höchstens – im wahrsten Sinne des Wortes – durch "Feldforschung", das heißt, in vergleichender Feldforschung festgestellt werden. Dafür, Herr Stehr, müssen Sie sorgfältig ausgewiesene Zonen haben, in denen keine gentechnisch veränderten Produkte und Landfrüchte angebaut werden. Gentechnikfreie Zonen in der Landwirtschaft lassen eine Art natürlicher Systemkonkurrenz zu, die ja voll in Ihr Bild von Marktfreiheit und Wettbewerbsbeförderung passen müsste.

Ausgewiesene gentechnikfreie Zonen stärken aber auch das Vertrauen der Verbraucher, denn wirklich vertrauen die Leute ja nur, wenn sie auch wissen, dass die Produkte, die sie auf dem Markt und in den Geschäften kaufen, tatsächlich nicht verunreinigt sind. Dieses Vertrauen gibt es nur, wenn man weiß, dass Äpfel nicht von einem Feld stammen, auf dem gentechnisch veränderte Äpfel produziert worden sind. Das lässt sich also kaum richtig auseinander halten. Herr Maaß hat sehr eindrucksvoll auf die Prozesse und auf die berühmten Bienen hingewiesen.

Dies haben auch die großen Lebensmittelkonzerne erkannt. Sie wollen nämlich das verkaufen, was die

Verbraucher gerne wünschen. Die Verbraucher sagen, wir wollen natürliche Lebensmittel, und zum Beispiel Unilever sagt: Wir bieten an, was die Verbraucher wünschen und das ist kein Designerfutter. C

Meine Damen und Herren, Produkte aus gentechnikfreien Zonen haben damit einen Wettbewerbsvorteil, solange die Konsumenten die anderen Produkte ablehnen. Wenn der Senat zum Beispiel mit den Landwirten in Hamburg eine Vereinbarung über gentechnikfreie Produktionsweisen trafe, dann wäre das sicherlich ein erheblicher Standortfaktor für die heimische Landwirtschaft. Das gilt für den konventionellen Anbau, aber für den ökologischen Anbau erst recht, denn im Ökolandbau ist der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen nicht zulässig. Das ist aber nur glaubwürdig, wenn es über den Acker daneben nicht zu solchen Verunreinigungen kommen kann.

Ich könnte mir zum Beispiel ein Qualitätssiegel derart vorstellen, dass man darauf schreibt: Natürlich ohne Gentechnik aus der Freien und Hansestadt Hamburg. Dies wäre eine Art regionale Verkaufsförderung, die unserer Landwirtschaft auch gut tun könnte, denn dieses Thema haben Sie leider total in den Hintergrund gedrängt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Promotion könnte der Senat für solche Produkte selber machen, indem er seinen Gästen natürliche Produkte aus der Region anbietet und für seine Kantinen in den Behörden Lebensmittel aus der Region beschafft, die gentechnikfrei erzeugt worden sind. Das würde dann auch wieder mehr Schwung in das Marketing zugunsten lokaler Erzeuger bringen, das der Senat hat einschlafen lassen. D

Die SPD-Fraktion möchte darum den GAL-Antrag an den Umwelt- und an den Wirtschaftsausschuss überweisen, um mit dem Senat weiterzudiskutieren, denn es würde mich in diesem Zusammenhang auch interessieren, wie denn der Senat im Sinne des Verbraucherschutzes die strengeren Regeln, die das Gentechnikgesetz jetzt aufgestellt hat, hier in Hamburg umsetzt. Dazu muss ja auch noch einiges passieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Manuel Sarrazin GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein paar Worte kurz noch zu Herrn Stehr: Sie haben uns Panikmache vorgeworfen. Aber nehmen Sie doch auch einmal zur Kenntnis, dass diese Auskreuzungen beispielsweise beim Raps bereits Realität sind. Es ist also keine Panikmache, sondern es gibt faktisch Auskreuzungen von gentechnisch veränderten Pflanzen in die Umwelt. Das ist Realität. Es bleibt nur noch die Frage, wie und in welchem Ausmaß das in Zukunft der Fall sein wird. Da wollen wir eben eine vorsorgende Politik. Darum geht es. Auch allergische Reaktionen sind bereits Realität. Von daher ist das keine Panikmache, sondern da müssen Sie einfach der Realität ins Auge sehen.

- A Was ich aber noch etwas skurriler finde, ist diese Argumentation, die Sie jetzt aufgebracht haben, man könne ja jetzt mit einer zweiten grünen Revolution den Hunger in der Welt bekämpfen und endlich besiegen. Aber wenn Sie sich einmal die Hungersnöte und deren Ursachen ansehen – beispielsweise in Nordkorea –, glauben Sie denn, wenn jetzt gentechnisch veränderte Produkte auf dem Weltmarkt wären, dass dann in Nordkorea keine Hungersnot ausgebrochen wäre oder in Afrika, in Eritrea, wenn da Bürgerkriege sind? Das sind doch die Ursachen. Oder wenn Sie sich das ungerechte Weltmarktregime angucken, das dazu führt, dass in den Dritte-Welt-Ländern überhaupt keine Landwirtschaft in einer Art und Weise betrieben werden kann, die sich rechnet. Das sind die Ursachen von Hunger. Da müssen Sie ran. Da können Sie nicht hier eine Luftblase aufbauen und sagen, mit Gentechnik gäbe es dann die schöne neue Welt und keinen Hunger mehr. Das ist absurd.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie sagen, Schädlingsmittel sollen weniger angewandt werden und dazu trägt die Gentechnik bei, muss ich Ihnen sagen, bei Ihrem Ziel – Landwirtschaft ohne Pestizide – sind wir dabei. Da sind wir die Ersten. Wir sagen Ihnen aber auch, wir wollen nicht nur eine Reduzierung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, sondern wir wollen eine Landwirtschaft, die möglichst ohne Pestizide auskommt. Unser Mittel der Wahl ist der ökologische Landbau, der kommt nämlich weitgehend ohne Pestizide aus und der muss gefördert werden. Wenn Sie sich angucken, wie das in der Realität mit den im Ausland bereits stattfindenden Anwendungen vor sich geht, mit Roundup und allen möglichen Produkten, die versprechen, man würde weniger Herbizide und Pestizide benötigen, da können Sie auch sehen, dass, je länger diese Produkte angewandt werden, immer doch mit jedem Mal eine höhere Dosis notwendig ist, sodass Sie vielleicht am Anfang eine gewisse Reduzierung hinbekommen, aber dass Sie das grundsätzliche Problem mit dieser Technik nicht in den Griff bekommen. Das ist eben nur mit der ökologischen Landwirtschaft möglich.

Ich glaube aber, wir haben heute gesehen, dass viele Fragen offen sind. Ich freue mich, dass es diese Ausschussüberweisung gibt. Dann können wir im Ausschuss weiterberaten. Aber Herr Engels wird ja vielleicht auch noch ein paar Ergänzungen machen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Engels.

Hartmut Engels CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist, glaube ich, allen Fraktionen hier gemeinsam klar und dessen sind wir uns bewusst: Es gibt, was die Gentechnik angeht, große Sorgen und auch Angst in der Bevölkerung. Wir sind die allerletzte Fraktion – auch Partei –, die diese Sorgen etwa nicht erkannt hätte. Wir haben auch auf einem Parteitag unserer Partei beantragt – worüber wir hier gemeinsamer Meinung sind –, dass gentechnisch veränderte Nahrungsmittel oder Gentechnik enthaltene Nahrungsmittel als solche gekennzeichnet werden müssen. Dies ist unser fester Standpunkt und unsere

Überzeugung und drückt unseren Respekt vor den Menschen aus. C

(Beifall bei der CDU)

Auf der anderen Seite gehört zu dem Respekt vor den Menschen auch, dass man nicht unnötige Panik und Angst macht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ihr Beispiel mit den Äpfeln ...

(Zuruf: Nehmen Sie lieber den Raps!)

– Jaja. Oder mit dem Raps. Das ist völlig egal.

Um eine Tatsache kommen wir nicht herum: Es gibt schlicht und ergreifend bereits etwa 200 Millionen Hektar auf dieser Erde, auf denen gentechnisch veränderte Pflanzen gezogen werden. Wir können nicht so tun, als wenn wir hier in Deutschland oder gar Europa oder ganz speziell sogar in Hamburg die Insel der Glückseligen sein könnten. Es ist Tatsache, dass auf dieser Welt bereits in sehr hohem Umfang gentechnisch veränderte Pflanzen gezogen werden – diese Tatsache haben Sie beide noch nicht erwähnt –, und mit dieser Tatsache müssen wir zurechtkommen. Das heißt, wir müssen die Forschung gerade auf diesem Sektor – und Deutschland ist immer ein Spitzenland in der Forschung gewesen – aufrechterhalten, damit eben für den Fall, dass es zu katastrophalen Nebenwirkungen kommt, auch rechtzeitig Vorsorge getroffen werden kann.

(*Christian Maaß GAL:* Das ist Panikmache!)

Das geht nur durch wissenschaftliche Beobachtung. D

(Beifall bei der CDU)

Wissenschaftliche Beobachtung bei der bereits vorhandenen Existenz zahlreicher Gentechnikerbetriebe, wie ich sie eben genannt habe, ist absolut notwendig, um auch eine Vorsorge für den Fall treffen zu können, dass die Maßnahmen schief gehen.

Im Übrigen muss ich noch dazu sagen – und das gehört auch zur Aufklärung der Bevölkerung –: Bisher wurden auch schon in erheblichem Umfang genetisch veränderte Pflanzen angebaut, schlicht und ergreifend durch Züchtung. Züchtung ist zwar ein längerfristiger Prozess, nichtsdestotrotz ist es rein statistisch betrachtet ein die Gene verändernder Prozess. Mit diesem Vorgang sind wir jahrelang ausgekommen und haben im Übrigen zum Teil hervorragende Apfelsorten gezüchtet, aber nicht nur Apfelsorten, sondern auch zum Beispiel entsprechende Tiere. Wir müssen also damit auch leben und der Bevölkerung klar machen, dass wir in dieser Gefahr – die gar nicht bestritten werden soll – natürlich schon immer gelebt haben, solange die Menschen überhaupt in die Natur eingegriffen haben.

Vorletzte Bemerkung, Herr Maaß: Es gibt natürlich auch zahlreiche gentechnisch – ob durch Züchtung oder durch künstliche Eingriffe – veränderte Pflanzen, die dafür sorgen oder dafür sorgen können, dass der Umwelt ein wirklich großer Gefallen getan wird, zum Beispiel durch Entsalzungsmaßnahmen, die mit bestimmten Pflanzen betrieben werden können oder durch Entsorgungsmaßnahmen, was Kupferabfälle betrifft. Eine bestimmte Pappel etwa ist da zugange. Mit anderen Worten: Die Gentechnik kann auch dafür

- A sorgen, dass es zu grünen Wohltaten im wahrsten Sinne des Wortes kommt und damit also zu einem Erfolg einer Politik, die auch Ihren Zielen entspricht.

Ich darf als Letztes Victor Hugo zitieren, der gesagt hat, dass Zukunft viele Namen habe, für die Schwächeren sei sie das Unerreichbare, für die Ängstlichen das Unbekannte, für die Tapferen die Chance. Meine Fraktion gehört nicht zu den Tollkühnen,

(Farid Müller GAL: In der Tat!)

aber zu den Tapferen und versucht das Vernünftigste angesichts der Situation zu machen. – Schönen Dank.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Die CDU-Fraktion wünscht eine Überweisung lediglich an den Wirtschaftsausschuss.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/92 federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt worden.

Dann kommen wir zur zweiten Abstimmung. Wer möchte die Drucksache lediglich an den Wirtschaftsausschuss überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungswunsch stattgegeben worden.

B

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10, einer Senatsmitteilung: Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über die Polizeiliche Kriminalstatistik.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 15./16./17. April 2002
(Drucksache 17/654)
– Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft
über die Polizeiliche Kriminalstatistik
– Drucksache 18/106 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/221 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Regelmäßige Unterrichtung der Bürgerschaft über
die Polizeiliche Kriminalstatistik – mehr als eine
Tabelle! – Drucksache 18/221 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Ahlhaus.

Christoph Ahlhaus CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Vorlage der Polizeilichen Kriminalstatistik wird das Thema Innere Sicherheit wieder mehr ins öffentliche Blickfeld gerückt. Das freut mich, denn die Zahlen belegen insgesamt doch eine erfreuliche Tendenz.

(Beifall bei der CDU)

Zwar haben wir bei den absoluten Zahlen eine sehr leichte Zunahme von 0,8 Prozent oder in absoluten

Zahlen von 2272 Fällen, doch darin enthalten ist ein Wirtschaftsstrafverfahren mit allein 5400 Geschädigten, nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland, sodass man, ohne die Statistik schönreden zu wollen, guten Gewissens sagen kann, auch im Jahr 2003 ist Hamburg wieder ein Stück sicherer geworden.

(Beifall bei der CDU)

Hatte Hamburg noch vor zwei Jahren die meisten Straftaten pro 100 000 Einwohner, so ist es in nur zwei Jahren gelungen, in dieser unrühmlichen Hitliste nun Platz drei einzunehmen. Ich sage Ihnen, wenn es uns gelingt, diese Tendenz fortzuschreiben und jedes Jahr einen Platz weiter nach hinten zu rutschen, so ist das ein großartiger Erfolg für die Politik dieses Senates.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD:
Für die Polizei, vergessen Sie die Polizei nicht!)

– Kommt noch, Herr Neumann.

Herr Neumann weist mich zu Recht darauf hin, dass das auch ein Erfolg der Polizei ist. Deswegen will ich auch dazu gleich etwas sagen. Diese erfreuliche Entwicklung in den letzten zwei Jahren haben wir neben der Polizei vor allem auch dem Mann zu verdanken, der zunächst als engagierter Polizeipräsident und nun als souveräner Innensenator dafür sorgt, dass wir, was die Innere Sicherheit angeht, auch in Hamburg langfristig an Münchener Verhältnisse herankommen.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD:
Übertreiben Sie nicht!)

Ich denke, es ist an der Zeit, Ihnen, Herr Senator Nagel, und unserer Hamburger Polizei für diese großartige Arbeit einmal ein recht herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall bei der CDU – Erhard Pumm SPD: Wo bleibt der Dank an Herrn Schill? Herrn Wellingshausen haben Sie auch nicht erwähnt!)

Dennoch, lieber Herr Kollege Neumann, gehört natürlich ein wenig Wasser in den Wein, denn wir wollen und wir können auch besser werden. Eine Zunahme von 62 Fällen bei den Sexualstraftaten können wir auch dann nicht gelassen zur Kenntnis nehmen, wenn sich über 70 Prozent dieser Fälle im so genannten "sozialen Nahbereich" abspielen, das heißt also, vor allem in der eigenen Familie und damit dem polizeilichen Handeln weitgehend entzogen sind. Auch die Zunahme der gefährlichen und schweren Körperverletzung ist inakzeptabel, obgleich Hamburg auch hier lediglich ein unauffälliges Spiegelbild einer insgesamt leider verrohenden Gesellschaft ist. Das heißt, es bleibt noch viel zu tun und das Thema Innere Sicherheit gehört auf der Tagesordnung der Hamburger Politik nach ganz oben.

(Erhard Pumm SPD: Wir warten auf die Haushaltsberatungen!)

Zur wachsenden Stadt gehört eben auch wachsende Sicherheit. Die schönste HafenCity, die prominentesten Sport-Events oder die angesehenste Philharmonie nützen dem hervorragenden Ruf Hamburgs nur dann, wenn wir in der Polizeilichen Kriminalstatistik eine zunehmend bessere Rolle einnehmen.

C

D

A (Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Unsere schöne Stadt wird auch weiterhin die größten Zuwachsraten im Städtetourismus haben, wenn es auch langfristig gelingt, das Image einer Verbrechenshochburg abzuschütteln.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat sich auf dem Gebiet der Innenpolitik ehrgeizige Ziele gesetzt, an denen wir mit aller Konsequenz arbeiten werden. Das heißt für uns vor allem, trotz aller unerlässlichen Sparzwänge: kein Personalabbau bei der Polizei.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Herr Peiner spricht gerade mit Herrn Nagel!)

Das war, lieber Herr Neumann, ja bekanntlich nicht immer so und deswegen, Herr Kollege Dressel, verwundert es mich schon, dass Sie in einer Presseerklärung zur Kriminalstatistik unter dem in meinen Augen doch etwas fragwürdigen Titel "Gefährliches Hamburg" mehr Polizisten fordern. Ich frage Sie: Wer hat denn den gewaltigsten Stellenabbau bei der Hamburger Polizei in der Geschichte unserer Stadt betrieben?

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Die SPD!)

Ich frage Sie: In wessen Regierungszeit hat Hamburg denn bundesweit als Hauptstadt des Verbrechens unrühmliche Schlagzeilen gemacht? Ich frage Sie: Wer trägt also die politische Verantwortung für ein gefährliches Hamburg?

B (*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Die SPD!)

Die Antwort brauche ich gar nicht zu geben, denn jeder kennt sie. Sie SPD ist in Ihrer erstmals größten Hochburg wegen dieses Themas hochkant abgewählt worden.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat mit Ole von Beust den historisch größten Zuwachs hier in Hamburg mit diesem Thema erzielt

(*Erhard Pumm SPD*: Die CDU hatte damals 26 Prozent bekommen!)

und die Zahl der SPD-Mitglieder schwindet gerade in Hamburg in einem rasanten Tempo.

(Beifall bei der CDU – *Erhard Pumm SPD*: Was für eine Geschichtsklitterung!)

Herr Petersen hat am Dienstag gesagt – wie man bei "Schalthoff live" hören konnte – Sie seien jetzt bei circa 12 000. Da haben wir Sie ja bald eingeholt.

Überall kehren also die Menschen dieser Stadt der SPD den Rücken und zwar wegen ihres Totalversagens vor allem im Bereich der Innenpolitik, für das Sie 2001 abgewählt worden sind.

(Zuruf)

– Ja, zuhören, dann kommt das noch.

Nicht einmal sechs Monate nach der verlorenen Wahl sind Sie, Herr Neumann, im März 2002 mit einem Positionspapier der SPD zur Inneren Sicherheit vor die Presse getreten,

(*Ingo Egloff SPD*: Das war doch Klasse!)

C

in dem Sie – ich zitiere wörtlich –

"einen grundlegenden Richtungswechsel meiner Partei beim Thema Innere Sicherheit"

fordern. Recht haben Sie.

(*Michael Neumann SPD*: Das haben wir auch gemacht!)

Dann ist es aber schon mutig,

(*Aydan Özoguz SPD*: Kommen Sie zum Thema!)

wenn die SPD heute mit innenpolitischen Forderungen den Mund sehr voll nimmt. Ich sage Ihnen, wenn zwischen den Worten von heute und den Taten in Ihrer Regierungszeit ein so immenser Unterschied liegt, dann ist das schlicht unglaublich und es wird sehr lange dauern, bis die Menschen Ihnen diesen Richtungswechsel abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Bevor ich zu Ihrem Antrag Stellung nehme, gestatten Sie mir eine weitere Zwischenbemerkung: Was soll man denn eigentlich von den Vorstellungen einer Fraktion in der Innenpolitik halten, deren Vorsitzender nicht davor zurückschreckt, eine Überwachung des ehemaligen Innensenators Nockemann durch den Verfassungsschutz zu fordern. Über politische Inhalte, lieber Herr Neumann, kann und soll man ordentlich streiten. Dazu sind wir auch bereit.

(*Michael Neumann SPD*: Mit Extremisten nicht!)

D

– Hört, hört: "Extremist", der Innensenator.

(*Michael Neumann SPD*: Der nicht!)

Aber bitte doch mit einem Mindestmaß an Niveau. In diesem Hause haben auch Sie, Herr Neumann, in den vergangenen Monaten von hanseatischem Stil gesprochen, und Sie, Herr Neumann haben in der Kolumne der "Welt" am Dienstag in Bezug auf so genannte "Maulkörbe" eine bessere Streitkultur in der Hamburger Politik gefordert. Ich rate Ihnen, fangen Sie am besten bei sich selbst an.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns hier einen Antrag vorgelegt, in dem Sie verschiedene Detailfragen zur Polizeistatistik stellen. Die vier Punkte, die Sie hier erwähnen, sind alle in diesem ausführlichen Werk, das öffentlich zur Verfügung steht und auf Wunsch sicherlich vom Senator noch einmal zur Verfügung gestellt werden würde, beantwortet. Deshalb sieht die CDU-Fraktion keine Notwendigkeit, diesem Antrag zuzustimmen oder ihn an den Innenausschuss zu überweisen.

Gleiches gilt für Ihren vierten Punkt. Hier fordern Sie den Senat auf,

"... aufzuzeigen, welche Schlussfolgerungen er aus der Entwicklung der Straftaten zieht."

Das haben Sie vor einem Jahr schon einmal gefordert. Die politische Bewertung dieses seriös zusammengestellten Zahlenmaterials obliegt vor allem der Bürgerschaft.

A (Antje Möller GAL: Fangen Sie doch mal damit an, statt dieser populistischen Attacken!)

Ich sage Ihnen ehrlich, ich möchte in dieser angespannten Haushaltslage, wo wir Schwierigkeiten haben, überhaupt das Personalsoll der Polizei zu erfüllen, die Beamten lieber auf der Straße sehen, um die Kriminalität zu senken, als am Schreibtisch beschäftigt mit irgendwelchen Statistiken.

(Beifall bei der CDU – Antje Möller GAL: Eine inhaltliche Debatte wollen wir führen!)

– Regen Sie sich doch nicht auf.

(Beifall bei der CDU)

Auch ohne den Blick in kiloschwere Statistiken sehen die Menschen in unserer Stadt sehr genau, was sich beim Thema Innere Sicherheit in den letzten zwei Jahren verändert hat. Und ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht: Auch diese Kriminalstatistik belegt, dass das konsequente Umsteuern des Senats unter Bürgermeister Ole von Beust und die tatkräftige Unterstützung unserer Polizei bei ihrer schwierigen Aufgabe erstaunlich schnell beachtliche Erfolge bewirkt hat.

(Beifall bei der CDU)

Nach 43 Jahren sozialdemokratischer Innenpolitik bleibt jedoch noch viel zu tun.

(Michael Neumann SPD: Nach 44 Jahren! – Bernd Reinert CDU: Wir wollen uns nicht dem Vorwurf der Übertreibung aussetzen!)

– Dann bleibt noch mehr zu tun. –

B Dieser Senat und die CDU werden fortfahren im Bemühen, Hamburg zu einer der sichersten Großstädte zu machen. Dazu sind wir angetreten, dafür sind wir gewählt worden und dabei werden wir auch erfolgreich sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade eine ziemlich polemische Wahlkampfrede des CDU-Landesgeschäftsführers gehört.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zur Kriminalitätsbekämpfung haben Sie relativ wenig gesagt.

(Michael Neumann SPD: Gar nichts!)

Liebe Kollegen der CDU-Fraktion, dass Sie unsere Kritik heute hier und letzte Woche per Pressemitteilung kritisiert haben, zeigt vor allem eines: Wir haben bei Ihnen offenbar einen wunden Punkt getroffen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Bei Ihnen! – Oh-Rufe bei der CDU)

Bei den bescheidenen Ergebnissen, die Sie in der Kriminalstatistik erzielt haben, haben Sie auch allen Grund, bei diesem Punkt empfindlich zu sein und ein Schönreden wird Ihnen überhaupt nichts nützen.

(Beifall bei der SPD)

C Auch Sätze wie der Ihres neuen CDU-Spezis und Ex-Senators Nockemann zu dieser Statistik, Prozentrechnereien seien nicht alles, sind schon bezeichnend und zeigen, dass Sie in Wahrheit mit den Ergebnissen Ihrer Kriminalitätsbekämpfung, Ihrer Statistik alles andere als zufrieden sind, auch wenn Sie uns hier heute etwas anderes weismachen wollen.

(Beifall bei der SPD)

In der Tat genügt es, in diesen Tagen einmal die Zeitung aufzuschlagen und zu sehen, wie die Gewaltbereitschaft in dieser Stadt wächst. Wir haben Busse, die von Sicherheitsdiensten eskortiert werden müssen, zahlreiche Kriminalitätsschwerpunkte machen Schlagzeilen in dieser Stadt. Wo ist das sichere Hamburg, das Sie den Hamburgerinnen und Hamburgern versprochen haben?

(Beifall bei der SPD)

Wir werden den Finger in die Wunde Ihrer offenen Wahlversprechen legen, da können Sie ganz sicher sein und da können Sie noch so sehr vergangenheitsbezogen argumentieren, wie Sie das eben gemacht haben. Wenn Sie schon das Ziel "Halbierung der Kriminalität in 100 Tagen" abgehakt haben, wie es in der letzten Wahlperiode hieß, so ist doch wohl das Ziel, Hamburg zu einer der sichersten Großstädte Deutschlands zu machen, immer noch aktuell, oder? Vor diesem Hintergrund ist die Kriminalstatistik 2003 für Sie alles andere als ein Ruhmesblatt.

D Angesichts der Wachstumsraten bei einigen Delikten bekommt der Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsbekämpfung und Ihrem Lieblingsprojekt, der "Wachsenden Stadt", den Sie, Herr Kollege Ahlhaus, letzte Woche in Ihrer Pressemitteilung und heute auch noch einmal hergestellt haben, allerdings eine ganz besondere Bedeutung: Wachsende Stadt, wachsende Deliktzahlen. Sie sehen, dieses Label "Wachsende Stadt" eignet sich wahrlich nicht für jedes Thema.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben uns letzte Woche politisch motivierten Erinnerungsschwund vorgeworfen, eine sehr schöne Wortkreation, die ich direkt an Sie zurückgeben kann. Ihr Erinnerungsschwund ist nämlich offenbar von besonderer Schnelligkeit. Die Kriminalstatistik 2003 ist nämlich zugleich eine Story von Pleiten, Pech und Pannen. Erinnern Sie sich, dass es gerade ein Dreivierteljahr her ist – der heutige Innensenator wird sich als seinerzeit polizeilich Verantwortlicher sicherlich noch sehr gut daran erinnern –, dass die erste Halbjahresstatistik 2003 sich als falsch herausgestellt hat. Sie musste zurückgezogen und korrigiert werden. Sie haben 7220 Delikte nicht erfasst und mussten eine korrigierte Vorlage vorlegen. Dieser Statistikskandal war und ist eine Niederlage für Sie, Herr Nagel, und ein Glaubwürdigkeitsdesaster für den gesamten Beust-Senat und das auf seinem Vorzeigepolitikfeld.

(Beifall bei der SPD)

Dieses hier und heute unter den Teppich zu kehren, kann man nur – jetzt benutze ich noch einmal Ihre Worte – als politisch motivierten Erinnerungsschwund erklären. Sie haben zu dem Punkt nichts gesagt.

(Glocke)

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Nein.

Nun möchte ich aber zu den Zahlen im Einzelnen doch etwas sagen. Der bundesweit dritte Platz unter den Großstädten bei der Häufigkeitszahl der Delikte pro 100 000 Einwohner heißt nur eines: Von Hamburg als sicherster deutscher Großstadt sind wir noch Lichtjahre entfernt. An Münchner Verhältnisse – Herr Ahlhaus, Sie haben eben noch einmal darauf Bezug genommen – sind wir bisher nur in der Leitung der Innenbehörde herangekommen, in weiteren Bereichen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Besonders Besorgnis erregend ist, dass die Gewaltkriminalität in Hamburg im Bundesvergleich überdurchschnittlich steigt. So haben wir zum Beispiel bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen Anstiege bis zu 11 Prozent. Der bundesweite Anstieg beträgt hier weniger als 5 Prozent. Bei Vergewaltigungen haben wir sogar eine Steigerungsrate von 23 Prozent. Das sind Ergebnisse, die Sie alarmieren müssten, Herr Senator. Für unsere Polizisten wird die Arbeit immer schwieriger und gefährlicher. So haben die Widerstandsdelikte in Hamburg um fast 20 Prozent zugenommen. Da sind Sie in Ihrer Fürsorgepflicht gefordert, Herr Senator.

Bei der Aufklärungsquote – sie liegt bei knapp 44 Prozent – gehört Hamburg hingegen weiterhin zu den Schlusslichtern in Deutschland.

- B (Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Mehr Gewalt, wenig Aufklärung. Die Kriminalstatistik ist im Bundesvergleich damit ein Dokument des Versagens dieses Senats. Hamburg ist und bleibt gefährlich.

(Beifall bei der SPD)

Und was bietet uns der Senat zu alledem an? – Dieses DIN-A3-Blättchen, das uns heute als Drucksache vorliegt, ist in Wahrheit null aussagekräftig. Es enthält weniger Informationen zu diesem Thema, als in der Pressemitteilung der Innenbehörde steht. Dass Sie diese Statistik jetzt nicht einmal an den Innenausschuss überweisen wollen, damit wir darüber detailliert weiterreden können, zeigt natürlich, dass Sie bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema da ein bisschen feige sind. Wir hatten da ganz andere Erwartungen an Sie, die ich Ihnen noch einmal genau sagen will.

Wir hatten gedacht, jetzt, wo wir eine CDU-Alleinregierung haben, würden Sie sich von der Faulheit von Ronald Schill, die dieser in dem Bereich an den Tag gelegt hat, absetzen. Mit der Vorlage dieser Drucksache und wie Sie heute damit umgehen, wurden wir da enttäuscht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir Ihnen mit dem Zusatzantrag, der Drucksache 18/221, heute Beine machen. Die Bürgerschaft hat nämlich einen Anspruch darauf, detailliert zu erfahren, wie der Senat die Kriminalitätsentwicklung bewertet und wie er Straftaten bekämpfen will. Diesen Antrag haben Sie zusammen mit Schill und der FDP

vor zwei Jahren abgelehnt. Heute wollen Sie es noch einmal machen. Herr Schill hat dann allerdings im Innenausschuss auch Fragen zur Kriminalstatistik abgelehnt und Sie, verehrte Kollegen von der CDU-Fraktion, haben damals tatenlos zugesehen. Hatte da etwa jemand etwas zu verbergen? Insofern haben Sie heute die Chance, auch einen anderen Umgang mit der Kriminalstatistik und den Folgerungen, die wir alle daraus gemeinsam ziehen müssen, an den Tag zu legen. Sie haben noch die Chance, auch diese Drucksache an den Ausschuss zu überweisen, sodass wir dann auch inhaltlich diskutieren können.

Aber es zeigt, dass Sie bei diesem Punkt weiter kniefen wollen und nicht die richtige fachlich-inhaltliche Auseinandersetzung führen.

Trotzdem möchte ich aus sozialdemokratischer Sicht noch drei Punkte nennen, und zwar hinsichtlich der Rückschlüsse, die daraus zu ziehen sind.

Wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße und in der Ermittlungsarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie lassen Beamte dreimal innerhalb eines Jahres die Dienststelle wechseln, die Dienststellen umziehen. Sie haben die Stellenzahl im Bereich der Vollzugsbeamten im Büro des Polizeipräsidenten binnen zwei Jahren von 26 auf 49 fast verdoppelt. Da braucht man sich über manche Kriminalitätsergebnisse wahrlich nicht zu wundern.

(Beifall bei der SPD)

Und, meine Damen und Herren, wir brauchen eine polizeiliche Schwerpunktsetzung – das zeigen die Zahlen ganz eindeutig – bei der Betrugs- und Gewaltkriminalität. Die Reform der Verbrechensbekämpfung muss der Senat noch einmal überarbeiten und da insbesondere auch die Kritik der Fachleute bei dieser Bewertung mit einbeziehen. Wir brauchen eine echte Opferschutzpolitik. Sie haben hier nur geredet, real bewegt haben Sie in diesem Bereich nichts.

(Beifall bei der SPD)

Schon in den Haushaltsberatungen werden wir jetzt sehen, welche Schlüsse Sie ziehen. Die Haushaltslage ist so – jedenfalls, wenn Sie denn alle Blitzampeln in dieser Stadt wieder angeknipst haben –, dass in Zukunft der Haushaltsschonbereich Polizei bald der Vergangenheit angehören wird. Was das für die Kriminalitätsbekämpfung in dieser Stadt bedeuten wird, kann sich dann jeder selbst ausmalen.

Wir sind jedenfalls auf die nächste Statistik gespannt und wir hoffen, ohne Statistiktricks und Rechenfehler. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ahlhaus, ich glaube, Sie haben sich hier auf ein etwas gefährliches Terrain begeben. Wann ist denn aus Ihrer Sicht eine Stadt sicherer?

C

D

A (Inge Ehlers CDU: Wenn es gar keine Straftaten gibt!)

Wenn es mehr angezeigte Straftaten gibt oder wenn es weniger angezeigte Straftaten gibt? Nichts anderes als dieses sagt die PKS aus, die Zahl der angezeigten Straftaten und dann noch die Aufklärungsquote. Mitnichten gibt das einen Überblick über die Sicherheitslage in dieser Stadt. Niemand außer Ihnen und Schill vor Ihnen, um es noch einmal deutlich zu sagen, verwendet die PKS noch in diesem Sinne. Niemand in allen unseren Bundesländern, auch Herr Schily nicht, geht überhaupt noch in die Richtung, zu sagen, wir haben hier eine Statistik und die macht deutlich, wie sicher es in dieser Stadt ist. Das ist eine absurde Interpretation der Statistik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die PKS ist ein Arbeitsbericht der Polizei, zeigt die Zahl der angezeigten Straftaten und die Aufklärungsquote. Sie zeigt nichts über die verhinderten Straftaten und auch nichts über polizeiliche Strategien. Ich glaube, das ist das, was wir eigentlich im Parlament diskutieren sollten, um ermitteln und uns ausrechnen zu können, wohin die Innenbehörde geht, in der Bekämpfung der Straftaten in der Stadt. Ich finde dieses unwürdige, aber erprobte politische Ritual, nach dem jeweiligen Geschmack die Zahlen zu interpretieren, inzwischen etwas unerträglich. Aber heute machen wir das wieder und so, wie die Zahlen vorgelegt werden, ist die seriöse Befassung tatsächlich auch nicht möglich. Deswegen ist der SPD-Antrag auch eine wichtige Hilfestellung. Wenn, dann muss man sich noch viel mehr ins Detail versteigen.

B

(Zuruf)

– Ja, das können wir gerne im Ausschuss durcharbeiten, wenn Sie das wünschen, aber das Ergebnis wird nicht sein, dass die Stadt nun sicherer oder unsicherer ist, sondern das Ergebnis wird sein, dass die Polizei viel und gut und in der Regel auch erfolgreich in dieser Stadt arbeitet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD)

Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Diese einfache These, mehr Polizisten gleich mehr Sicherheit in dieser Stadt, stimmt einfach nicht. Natürlich haben Kontrolldelikte, zum Beispiel der Umgang mit Rauschgiftkriminalität, ein Plus von 9,3 Prozent in der Statistik. Das ist ein Erfolg. Aber was ist denn gleichzeitig der Rückgang um 9,9 Prozent bei dem aus unserer Sicht sehr viel schwerwiegenderen Teil der Rauschgiftkriminalität, nämlich Handel und Schmuggel mit großen Mengen? Mehr Unsicherheit? Oder war das kein Thema für die Polizei? Das möchte ich gerne diskutieren. Warum haben wir den Rückgang an der Stelle? Welches polizeiliche Konzept hat hier nicht gefasst oder gab es keins? Wo ist das Problem? Das ist das, was interessant an der PKS ist und nicht immer diese platten Aussagen, Hamburg ist sicherer.

(Wolfhard Ploog CDU: Aber es stimmt, dass Hamburg sicherer ist!)

– Herr Ploog, Menschenhandel ist im Eingabenausschuss nicht zum ersten Mal Thema gewesen. Hamburg verzeichnet einen Rückgang von 34 Prozent. Die

Stadt ist Drehscheibe von Gütern, alles, was in der Welt wichtig ist, dreht sich um den Hamburger Markt und das soll für den Menschenhandel nicht zutreffen? EU-weit ist die Bekämpfung des Menschenhandels seit eineinhalb Jahren eines der Schwerpunktthemen der polizeilichen Arbeit und da soll Hamburg plötzlich die Insel der Glückseligen sein? Das kann doch nicht sein. Warum also ist die Anzeigequote, die Zahl der angezeigten Straftaten im Menschenhandel so gering in Hamburg? Das ist die entscheidende Frage. Wie würden Sie das denn interpretieren?

C

Ein weiteres Beispiel, damit es vielleicht ein bisschen klarer wird, worum es eigentlich geht, sind die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Darauf hat die SPD auch schon hingewiesen: 23,2 Prozent mehr angezeigte Vergewaltigungen. Hamburg ist völlig unsicher für Frauen! Frauen geht nicht mehr auf die Straße oder was ist die Folgerung daraus? Dafür möchte ich Erklärungen von der Innenbehörde hören, was das Problem hinter dieser steigenden Zahl von angezeigten Vergewaltigungen ist. Vielleicht ist die Erklärung ganz einfach, meine Damen und Herren. Vielleicht liegt es an dem neuen Gewaltschutzgesetz, vielleicht liegt es an den 855 Wegweisungen aus Wohnungen, die allein im Jahr 2003 in Hamburg erfolgen mussten. Und das hat wiederum ganz viel mit der gesellschaftlichen Situation, in der sich Frauen und Männer hier in dieser Stadt befinden, und mit häuslicher Gewalt zu tun. Über die müssen wir reden und nicht immer wieder darüber, Hamburg sei sicherer, weil die Zahlen so schön sind. Das ist keine seriöse Befassung mit dem Thema.

Als Parlament brauchen wir die PKS zur Unterstützung des Erkennens der gesellschaftlichen Zusammenhänge und vor allem auch zur Unterstützung in der Bewertung der polizeilichen Konzepte und die müssen wir im Innenausschuss diskutieren. Das entspricht im Übrigen auch dem Umgang, den sich die Bundesregierung mit der PKS inzwischen angeeignet hat. Selbst Schily redet die Statistik nicht mehr schön. Zum Beispiel gibt es zum Thema schwere Körperverletzung – das ist hier nicht weiter angesprochen, darüber sollten wir im Ausschuss reden – einen bundesweiten Trend, eine Zunahme von 10 Prozent. Auch dazu hätte ich gerne die Erklärung für Hamburg und würde dazu gerne etwas von der Innenbehörde hören.

D

Also, meine Damen und Herren, lassen wir diese pauschalen Beglückwünschungen oder Beschimpfungen sein, bei einer Statistik, die sich so oder so auslegen lässt. Reden wir über polizeiliche Konzepte, Bekämpfungsstrategien und das im Ausschuss.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Senator Nagel.

Senator Udo Nagel: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab eine Aussage: Wir reden die Statistik nicht schön! Das ist mir ganz wichtig!

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich sehr, heute von dieser Stelle aus zum ersten Mal zu Ihnen sprechen zu können. Die Bürgerschaft hat den Senat ersucht, ihr jährlich, beginnend mit dem Jahr 2001, über die Polizeiliche Kriminalstatistik

- A tik zu berichten. Ich darf Ihnen nunmehr als zuständiger Fachsenator über die Inhalte der PKS berichten und dabei die Gelegenheit zu einigen grundlegenden Anmerkungen zu nutzen. Dabei geht es nicht darum, Herr Dr. Dressel, hier irgendetwas zu verbergen. Das haben wir gar nicht nötig.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann kann es ja auch an den Innenausschuss überwiesen werden!)

Ziel des Senates ist es, in der Verbrechensbekämpfung Hamburg noch sicherer, sauberer und damit noch lebenswerter für die Bürger und die vielen Gäste zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich betone: Noch lebenswerter als unsere wunderschöne Stadt ohnehin schon ist!

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in Hamburg sicher und wohl fühlen, ganz einfach gerne hier leben. Auch die Besucher aus Deutschland, Europa und der Welt sollen sich weiterhin ohne Sorge vor Kriminalität in unserer schönen Stadt bewegen können.

Meine Damen und Herren! Die Innere Sicherheit hat deshalb einen hohen Stellenwert für diesen Senat,

(Beifall bei der CDU)

denn diesem Senat ist bewusst, dass Innere Sicherheit und die damit verbundene Lebensqualität nicht zu unterschätzende Standortfaktoren für Hamburg, für die wachsende Stadt Hamburg sind!

B

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund dieser Bedeutung der Inneren Sicherheit für das gesamtgesellschaftliche Leben ist die Transparenz der Entwicklung der Kriminalität dem Senat und damit auch mir sowohl in meiner früheren Funktion als auch in der jetzigen ein besonderes Anliegen. Die Behörde für Inneres hat daher die Kriminalitätsentwicklung 2003 nicht nur in einer Pressekonferenz sehr zeitnah am 23. Januar dieses Jahres vorgestellt; wir haben auch nicht nur die wesentlichen Zahlen, Daten und Fakten bekannt gegeben, sondern wir haben die Zahlen, Daten und Fakten umfangreich und für jeden Bürger nachlesbar in das Internet gestellt, und zwar auf die Homepage der Innenbehörde, ergänzt durch die Informationen auf der Homepage der Polizei, und – wie es Herr Ahlhaus bereits angedeutet hat – ich kann Ihnen gerne ein persönliches Exemplar geben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Habe ich schon, aber ich möchte das im Ausschuss diskutieren!)

Wenn Sie es schon haben, umso besser.

Zusätzlich kommt der Senat dem Ersuchen der Bürgerschaft nach, Sie über die entsprechenden Entwicklungen in einer eigenen Drucksache zu unterrichten. Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen: Die PKS ist als kriminalpolitisches Instrument für den Langzeitvergleich wichtig, aber die Zahlen der PKS sind nicht alleiniger Maßstab zur tagespolitischen Beurteilung der Sicherheit in Hamburg und anderswo. Insofern gebe ich Frau Möller Recht.

(Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GAL)

Die umfangreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Hamburg werden fortgesetzt. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen.

C

Zum Thema Personalverstärkung der Polizei durch die Berliner Beamten: In wenigen Wochen stoßen die letzten 19 Beamten nach Hamburg. So der aktuelle Stand. Bis 2004 sind damit 500 Beamte aus Berlin in die Hamburger Polizei integriert.

(Beifall bei der CDU)

Die Forderung nach mehr Polizisten erfüllen wir schon seit zwei Jahren, Herr Dr. Dressel. Wir haben seit 2002 mehr als 1000 Mitarbeiter zusätzlich bei der Polizei. Meine Damen und Herren, ich wiederhole diese gute Nachricht gerne: Ja, wir haben mehr als 1000 Mitarbeiter zusätzlich bei der Polizei! Diese Personalverstärkungen werden jetzt und in den kommenden beiden Jahren voll wirksam. Die werden zwar immer schlecht geredet, aber diese Menschen sind tatsächlich da!

(Michael Neumann SPD: Selbst der Bürgermeister sprach von weniger Polizisten!)

Damit steigern wir die Präsenz und gehen noch konzentrierter gegen Kriminalität vor, speziell gegen die Straßenkriminalität. Das ist die Kriminalität, die den Bürger spürbar belastet, und das ist auch eine Schwerpunktsetzung dieses Senats bei der Bekämpfung der Kriminalität.

Des Weiteren wird der Abschluss der organisatorischen Maßnahme in der Polizei Hamburg noch 2004 umgesetzt sein, um die Polizei Hamburgs besser aufzustellen; das heißt, das Projekt Verbrechensbekämpfung wird dieses Jahr noch zu Ende geführt und die Fachleute freuen sich heute schon darauf, dass die Polizei damit noch besser aufgestellt ist. Es wird auch weiterhin gezielte Maßnahmen der Polizei zur Bekämpfung der Jugendkriminalität, besonders der Jugendgewaltkriminalität, geben. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang mittlerweile die sehr gute Arbeit der Cop4U an den Schulen. Wir haben, wie Sie wissen, insgesamt mehr als 230 solche Beamte, die speziell an den Schulen, an über 500 Schulen, tatsächlich eingesetzt werden, und das zwischenzeitlich mit sehr guten Ergebnissen.

D

Die erfolgreiche Bekämpfung der Drogenkriminalität wird fortgesetzt. Neue Szenebildungen werden nicht zugelassen. Es wird sofort – und das ist mir ganz wichtig – hamburgweit überall schnell und konsequent nachgesetzt. Gegen Dealer wird weiter unter konsequenter Nutzung der zur Verfügung stehenden gesetzlichen Maßnahmen vorgegangen und dieses im Zusammenwirken mit der Staatsanwaltschaft Hamburg.

Meine Damen und Herren! Wir stellen Ihnen die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2003 in ihrer Gesamtheit vor, ohne etwas zu beschönigen, ohne etwas zu vertuschen. Das haben wir gar nicht nötig. Aber natürlich auch, ohne die eindeutig sichtbaren Erfolge klein- oder wegzureden. Auch das haben wir nicht nötig. Die Gesamtzahl der Straftaten 2003 ist im Vergleich zu 2002 fast stabil geblieben. Es gab lediglich einen Anstieg um 0,8 Prozent. Auslöser für diese Zahlen – das wissen Sie auch, Herr Dr. Dressel – waren einmal das Schwarzfahren und zum anderen ein Wirtschaftsstrafverfahren, und zwar in der Größenord-

- A nung von mehr als 8000 Delikten, die die Sicherheit in Hamburg – Stichwort Straßenkriminalität – nicht besonders stark belasten. Mit der Gesamtsteigerung um 0,8 Prozent waren wir aber immer noch unter der Entwicklung im Bundesgebiet mit mehr als 1 Prozent. Das Ziel Hamburgs bleibt natürlich ein weiterer Rückgang der Fallzahlen, aber angesichts des starken Rückgangs im Jahr 2002 um 15,5 Prozent ist auch die Konsolidierung auf diesem niedrigen Niveau ein achtenswertes Ergebnis der erfolgreichen polizeilichen Arbeit, insbesondere in der Betrachtung der Detailzahlen. Wenn seitens der SPD immer gesagt wird, die Zahlen stimmen nicht, dann weiß ich nicht, woher Sie die Zahlen nehmen. Die Innenbehörde hat es nicht nötig, irgendwelche Zahlen zu verfälschen.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Aufklärungsquote konnte auf 43,7 Prozent gesteigert werden. Eine Steigerung um knapp 1 Prozent, eine erfreuliche Tendenz, aber wir wollen uns auch hier noch verbessern.

Jetzt komme ich zu dem, was Herr Dr. Dressel einfordert. Die Entwicklung in einzelnen Deliktsbereichen ist dabei aufmerksam zu beobachten, insbesondere der Anstieg der gefährlichen schweren Körperverletzung, aber auch der Anstieg der Gewaltkriminalität. Hier liegen wir leider im Bundestrend.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Über dem Bundestrend!)

Das ist so und ist auch nicht wegzureden.

- B Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Polizei wird bei diesen Delikten alle rechtlichen Möglichkeiten für polizeiliche Maßnahmen konsequent nutzen. Darin bin ich mir mit dem Polizeipräsidenten Werner Jantosch einig. Klar ist und bleibt aber auch, dass bei diesen Delikten, Stichwort Prävention, die gesamte Gesellschaft gefragt ist. Gewalt beginnt zumeist zu Hause, setzt sich fort in der Schule. Wegsehen und einzig und allein auf die Polizei zu zeigen, sind gewiss nicht die richtigen Instrumente, um dieses gesamtgesellschaftliche Problem in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auch einige positive und einige sehr positive Entwicklungen in anderen wichtigen Deliktsbereichen darstellen.

Wir haben im letzten Jahr einen Rückgang im Straßenraub um knapp 11 Prozent gehabt. Wir haben einen Rückgang der Diebstähle um 4 Prozent, der Einbrüche in Böden und Keller um 16,8 Prozent, der Diebstähle von Kfz um 9 Prozent und der Handels- und Schmuggeldelikte im Rauschgiftbereich von knapp 10 Prozent zu verzeichnen. Das sind Erfolge!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Polizei für ihre erfolgreiche Arbeit, denen Sie in diesem Haus – das weiß ich – einen großen Rückhalt geben.

(Beifall bei der CDU)

Nicht zu vergessen sind dabei die Bürgerinnen und Bürger, die durch Zivilcourage und Beobachtung ge-

holfen haben, dass Straftaten aufgeklärt werden, beziehungsweise gar nicht erst geschehen sind. Auch das möchte ich an dieser Stelle einmal lobend erwähnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es wurde bereits gesagt und ich möchte es noch einmal verstärken: Hamburg ist nicht mehr Hauptstadt des Verbrechens, Hamburg hat sich im bundesweiten Städteranking weiter verbessert, und zwar von Platz 1 auf Platz 3, in einem Ranking, in dem man sich bekanntermaßen nach unten verbessert. Aber wir werden uns auch darauf nicht ausruhen, sondern weiter engagiert arbeiten, denn bei diesem Ranking lautet das Motto: Die Letzten werden die Ersten sein und dahin wollen wir in diesem Fall.

Lassen Sie mich zum Schluss zusammenfassen: Die Bürgerinnen und Bürger stellen mehr Polizei auf Hamburgs Straßen fest. Sie brauchen bloß durch die Straßen zu gehen, dann werden Sie es feststellen. Sie können mit ihren Beamten verstärkt in Kontakt treten, vor allem auch mit den neuen Kollegen der so genannten Dienstgruppe "Präsenz". Es wurden ganz spezielle – und sie werden noch ausgebaut – Dienstgruppen "Präsenz" eingerichtet, damit die Bürger ansprechbare Polizeibeamte auf der Straße haben.

Das hat sich und wird sich nicht nur objektiv – das ist anhand der Zahlen belegbar – positiv auswirken, sondern hat auch einen sehr positiven Einfluss auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger in dieser Stadt.

Die Polizei bedarf in allen Bereichen weiter der Unterstützung aller Hamburger und aller Verantwortlichen für ihre erfolgreiche Arbeit. Dafür werbe ich gerade von dieser Stelle, in diesem hohen Hause. Denn wir alle wollen, dass Hamburg eine weltoffene und liberale Metropole bleibt, aber Freiheit und die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sind ohne Sicherheit nicht vorstellbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich verspreche Ihnen: Hamburg wird die Linie einer effektiven und konsequenten Bekämpfung der Kriminalität weiter fortsetzen. Darauf können sich die Bürger verlassen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, es ist keine Frage, dass die Hamburger Polizei gut arbeitet. Sie hat schon immer gut gearbeitet und arbeitet auch heute gut.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie hatte aber nicht immer die Rückendeckung!)

Von daher geht selbstverständlich auch von dieser Stelle unser Dank an die Arbeit der Hamburger Polizei.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Nun zum Thema; es lautet: Polizeiliche Kriminalstatistik.

In meinem zivilen Beruf muss ich Studenten beibringen, wie man mit statistischen Methoden umgeht und

- A wie man sie anwendet. Das Allererste, was man dabei beachten muss, ist: Was misst die Statistik wirklich? Wenn eine Kriminalstatistik nach ganz bestimmten Regeln aufgestellt wird – bundesweit festgelegt –, so hat dies den einen Vorzug, dass man sie in der Fläche – von Bundesland zu Bundesland – vergleichen kann, weil sie in gleicher Weise erhoben wird, und dass man sie aber auch über einen gleichen Zeitraum vergleichen kann, weil sie immer nach denselben Methoden erhoben wird. Man muss aber auch beachten, dass die Versendung eines auf Betrug ausgerichteten Kettenbriefs genauso als ein Fall in diese Statistik eingeht wie ein Mord.

Wenn Sie jetzt die Fallzahlen als Maß für die Güte der Arbeit der Polizei nehmen, dann taugt das einfach nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese Methode, die vor allem Ihre beiden Vorgänger in den letzten zwei bis drei Jahren eingeführt haben, war völlig daneben und jenseits jeglicher Kultur der Hamburger Politik, wie sie Herr Ahlhaus angemahnt hat, dass wir doch bitte damit aufhören sollten, sie immer wieder weiter zu bemühen. Sie haben es dennoch wieder getan, indem Sie die Erfolge dieser Kriminalstatistik dort aufgezeigt haben, wo die Fälle zurückgingen, wie beispielsweise die Einbrüche in Autos. Du meine Güte, die Autos sind doch mittlerweile sicherer geworden! Oder die Einbrüche in Wohnungen. Du meine Güte, es gab vor drei bis fünf Jahren Konzepte der Hamburger Polizei, Wohnungen sicherer zu machen! Diese waren erfolgreich.

- B (Karl-Heinz Warnholz CDU: Warum seid Ihr denn abgewählt worden?)

Warum führen Sie um alles in der Welt solche Zahlen als Erfolg für die Arbeit der Polizei in diesem beziehungsweise im letzten Jahr an? Damit hat das überhaupt nichts zu tun. Die Polizei hat vorher auch schon gut gearbeitet, indem sie die richtigen Konzepte erarbeitet hat.

Wir sollten dieses Thema an den Ausschuss überweisen – das wollen Sie merkwürdigerweise nicht, obwohl Sie sagen, Transparenz sei Ihnen ein besonderes Anliegen; das ist ein wörtliches Zitat – und dort die ganzen Zahlen betrachten, um zu wissen, was genau dahinter steht, wo welche Maßnahme wirklich greift. Das hat Frau Möller vorhin beispielhaft angeführt.

Es hilft doch nichts, auf solche Wohnungseinbruchszahlen zu rekurrieren und dabei zu übersehen, was in diesen Wochen in sämtlichen Hamburger Zeitungen abgehandelt wird, dass bestimmte Buslinien nicht mehr von einem Fahrer allein gefahren werden können, sondern dass Aufsichtspersonal mitfahren muss. Das ist doch möglicherweise eine gesellschaftliche Entwicklung, über deren Hintergründe man sich unterhalten muss. Sie verweigern das, tun dies als zur Kenntnis genommen ab und dann ist Feierabend. Nein, darüber müssen wir reden, darüber muss das Parlament reden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihre ganzen Konzepte wie Cop4U und so weiter, die Sie vorhin angeführt haben, wollten wir immer einmal im Ausschuss bereden, aber sie wurden nie überwiesen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das habt Ihr doch vorher selbst gemacht!)

Alles ist weg nach dem Motto: Bloß keine parlamentarische Beratung dieser Themen. Ich verstehe das nicht. Warum in aller Welt machen Sie das weiter, was Ihre Vorgänger unseligerweise begonnen haben? Warum nehmen Sie sich selbst nicht beim Wort und sagen: Die parlamentarische Kultur gehört zurück ins Parlament, alles dies sollten wir vernünftig, in Ruhe und sachlich im Ausschuss beraten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Schäfer an einer Stelle ergänzen.

Die CDU-Fraktion konnte eben erleben, dass der Senator aus meiner Sicht den innenpolitischen Sprecher an einer entscheidenden Stelle korrigiert hat, nämlich bei dem Thema: Was sagt die Statistik über den tatsächlichen Grad der Sicherheit in dieser Stadt aus? Allein diese Korrektur macht es dringend notwendig, dass wir uns im Ausschuss mit dem Thema PKS beschäftigen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/106 und 18/221 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/221 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Zu der Drucksache 18/106 stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 19 auf, Drucksache 18/162, Antrag der SPD-Fraktion: Volksinitiative Gesundheit ist keine Ware.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Volksinitiative Gesundheit ist keine Ware
– Drucksache 18/162 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Kretschmann.

Lutz Kretschmann SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch heute müssen wir wieder einen Antrag zum LBK einbringen. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir Sie mit diesem Thema immer wieder bedrängen werden, und zwar so lange, bis Sie endlich eine offene Umgangsweise dazu finden.

(Beifall bei der SPD)

14 Tage nach unserer letzten Debatte sind vergangen und der Senat hat immer noch nicht das Gespräch mit

- A den Initiatoren des Volksentscheids begonnen. Auch zweieinhalb Monate nach dem Volksentscheid können Sie sich immer noch nicht dazu durchringen, öffentlich die Option eines Mehrheitsverkaufs fallen zu lassen. Dies ist aber notwendig. Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, erhalten heute erneut die Möglichkeit, sich dem Willen der Hamburgerinnen und Hamburger anzuschließen und dem Inhalt des Volksentscheids zuzustimmen.

Nach wie vor ignorieren Sie diesen Willen der Hamburger Bevölkerung. Das ist unerträglich und in der Sache nicht hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat ist auf dem besten Wege, wieder die gleichen Fehler zu begehen, die den ersten Versuch schon haben scheitern lassen. Eine Teilprivatisierung des LBK kann nur gelingen, wenn sie auf die Zustimmung der Bevölkerung, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK und auf eine möglichst breite politische Allianz trifft. Beherzigen Sie das! Der Senat steht in der Verantwortung, den Volksentscheid umzusetzen.

Der zuständige Senator und der Erste Bürgermeister sollten endlich – wie es in der Kita-Frage geschehen ist – auf das Gesprächsangebot der Initiatoren des Volksentscheids eingehen. Ihr Schweigen löst Unsicherheit aus. Die Menschen fragen sich, wie es weitergeht. Herr Peiner hat früher bereits eine Zerschlagung des LBK abgelehnt. Das UKE erklärte zwischenzeitlich sein Interesse an der Übernahme einzelner Häuser des LBK. Aber Senator Dräger äußert sich nicht dazu.

- B Der Erste Bürgermeister stellt gar die Option in den Raum, gleich fünf Häuser abzuspalten. Was zählt denn nun? Sorgen Sie endlich für eine Klarstellung und beenden Sie dieses Verwirrspiel. Was glauben Sie denn, wie das auf die Beschäftigten des LBK und auf die Bevölkerung wirkt?

(Beifall bei der SPD)

Schenken Sie der Bevölkerung reinen Wein ein und legen Sie endlich offen, welche Optionen Sie verfolgen. Inzwischen gibt es zumindest die Ankündigung, um den 20. Juni herum – eine Woche nach der nächsten Wahl – eine endgültige Entscheidung auf den Tisch zu legen. So hat das "Hamburger Abendblatt" am 11. Mai berichtet. Verzeihen Sie, das legt doch schon den Verdacht nahe, dass Sie sich mit diesem Thema bis zum Tag der Europawahl durchhängeln wollen. Aber die Bevölkerung hat ein Recht darauf, jetzt zu erfahren, was Sie endlich planen und was Sie tun wollen.

Erneut will der Senat die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen stellen und seine Entscheidung im Nachhinein als einzige Möglichkeit darstellen. Die Informationen dringen tröpfchenweise durch, NDR 90,3 hat schon Ende April von den Überlegungen des Senats berichtet, der Senator dementierte dies jedoch im Ausschuss. Das "Hamburger Abendblatt" berichtete über verschiedene Möglichkeiten, der Senator erklärte dazu nur, dass er keine Denkverbote aussprechen wolle. Selbst der Investor erklärte, dass er zu allem Möglichen bereit wäre, wenn der Senat nur endlich erklären würde, was er wolle. Das schrieb gestern auch das "Hamburger Abendblatt".

C Es ist zum Teil ganz interessant, was man da lesen kann. Plötzlich finden sich auch Interessenten für eine Minderheitenbeteiligung. Dabei klang es in Ihrer Stellungnahme zum Volksentscheid noch so, als ob dies ganz und gar unmöglich wäre:

"Nein. Es gelingt nicht, jemanden zu finden, der zwar eine große Summe bezahlt, dann aber als Minderheitenpartner nicht bestimmen kann, was in dem Unternehmen passieren muss. Wer investiert, will auch die Verantwortung für die Geschäftsführung übernehmen."

So ein Zitat aus der Stellungnahme der Regierungskoalition zum Volksentscheid.

Nun erfahren wir auch, dass der LBK durchaus in der Lage ist, zumindest eine schwarze Null zu schreiben. Auch das klang in der Stellungnahme der Regierungskoalition am 27. Februar noch ganz anders:

"Ein Krankenhaus muss wie jedes andere Unternehmen auch mindestens die Einnahmen und die Ausgaben ausgeglichen halten. Das ist beim LBK in seiner derzeitigen Form nicht der Fall, sondern er hat in den vergangenen Jahren 'rote' Zahlen erwirtschaftet."

Dies alles eignet sich nicht, die Ernsthaftigkeit Ihrer Bemühungen zu belegen. Die Nebelkerzen, die jetzt geworfen werden, haben vor allem den Zweck, eines zu vertuschen: Der Senat tut so, als ob der Mehrheitsverkauf nach wie vor eine gleichberechtigte Verhandlungsoption wäre. Das ist aber falsch, denn sie missachtet den Willen der Bevölkerung. Das sind auch Ihre Wähler. Ich habe es letztes Mal schon gesagt, wie viele es sind. Ich möchte dies nicht wiederholen, aber es sollte Ihnen eigentlich in den Ohren klingen. Dieses Verhalten führt dazu, dass die Angebote für eine Minderheitenbeteiligung weniger attraktiv ausfallen werden.

Herr Dräger hatte erklärt, der Senat wolle auf der Grundlage der in Auftrag gegebenen Stellungnahme zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des LBK das bestehende Modell zur Teilprivatisierung bewerten, aber auch neue Optionen erarbeiten und sie an den uns gesetzten Zielen messen. Selbstverständlich werde der Senat dabei auch die Ergebnisse des Volksentscheids berücksichtigen.

Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis: Ihr bestehendes Modell zur Teilprivatisierung, wie Sie es nennen, ist von der Bevölkerung klar und eindeutig abgelehnt worden.

(Beifall bei der SPD)

Die Zustimmung der Bevölkerung ist nicht irgendein nachrangiges Ziel, das man erreicht oder notfalls übergeht. Gerade bei dem sensiblen Thema Gesundheitsversorgung muss Konsens ein Hauptziel sein. Gesundheit ist keine Ware, medizinische Leistungen sind Vertrauensgüter. Das Vertrauen in eine gute Versorgung ist leicht verspielt und schwer wieder aufzubauen. Eine Zukunftslösung für den LBK, die nicht auf einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung steht, wird scheitern. Vergessen Sie nicht: Sie verkaufen nicht den Besitz eines anonymen Staates, sondern der LBK gehört den Menschen in dieser Stadt. Er trägt maßgeblich zum Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger in ihre Gesundheitsversorgung bei. Das ist

- A ein hohes Gut. Verspielen Sie es nicht, indem Sie den Willen der Menschen in dieser Stadt missachten.

Es geht hier ausschließlich um die Frage, wie hoch die Beteiligung eines privaten Investors ausfällt. Sie wollen keine Teil-, sondern eine Vollprivatisierung, denn darauf läuft die Mehrheitsbeteiligung doch hinaus. Die Hamburgerinnen und Hamburger wollen genau dies nicht. Wie oft müssen wir das denn noch sagen?

(Beifall bei der SPD)

Insofern müssen wir heute gar nicht mehr darüber sprechen, denn die Hamburgerinnen und Hamburger haben ihre Erwartung an den Senat mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht. Erinnern Sie sich doch einmal an das Ergebnis am Wahltag. Sprechen wir einmal über die neuen Optionen und darüber, was Sie tun, um eine Minderheitsbeteiligung zu ermöglichen. Denn nichts tun, ist keine Lösung, sondern es ist unverantwortlich; das sagte der Senator Dräger hier vor zwei Wochen. Das hat er richtig festgestellt. Also tun Sie etwas, reden Sie mit den Menschen und tun Sie das Richtige. Verzichten Sie auf den Mehrheitsverkauf, der eine Vollprivatisierung ist, und kommen Sie mit den Initiatoren des Volksentscheids und mit der Bürgerschaft darüber ins Gespräch, wie eine Lösung gefunden werden kann. Nur so können Sie die notwendige Zustimmung der Bevölkerung gewinnen, die für eine gute Zukunft des LBK unverzichtbar ist.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

- B Nehmen Sie eigentlich den demokratischen Willen der Hamburgerinnen und Hamburger noch ernst? Ja oder nein? Das müssen Sie heute entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat der Abgeordnete Krüger.

Harald Krüger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Genau eine Woche bevor dieser Antrag gestellt wurde, haben wir uns hier mit dem fast gleichen Antrag befasst und ihn übrigens sehr begründet abgelehnt. Deshalb ist mir völlig unklar, was sich innerhalb von sieben Tagen an der Sachlage geändert haben sollte.

(Beifall bei der CDU)

Gewiss haben Sie Recht, dass an die 600 000 Hamburgerinnen und Hamburger dem Volksentscheid ihre Stimme gegeben haben. Nach wie vor befürchte ich allerdings, dass dies vor allem deshalb geschah, weil immer wieder suggeriert worden ist, privatisierte LBK-Krankenhäuser würden als Privatkrankehäuser vielleicht nur noch Privatpatienten behandeln. Sie wissen ganz genau, wie abwegig das ist.

Ich darf die Antragsteller aber auch daran erinnern, dass dieselben Hamburgerinnen und Hamburger – die 600 000, von denen Sie gesprochen haben, sind ja an diesem Tag die Wähler gewesen – mit deutlicher Mehrheit die CDU gewählt und uns damit die Verantwortung für die Stadt und auch für die anstehenden Entscheidungen zum Landesbetrieb Krankenhäuser übertragen haben.

(*Erhard Pumm SPD:* Gerade das ist es ja!)

– Ach, Herr Pumm, Sie sind doch so viel länger als ich in diesem Hause und sollten wissen, dass irgendwelche unqualifizierten Zwischenrufe keine feste Meinung ersetzen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei wussten die Wählerinnen und Wähler offenbar sehr genau, was sie an diesem Wahltag getan haben. Schließlich waren es SPD-geführte Senate, die die Situation herbeigeführt haben, in der sich heute der LBK befindet, nämlich mit einer halben Milliarde Euro bei der Landeshauptkasse in der Kreide zu stehen.

Dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten, war das Ziel des letzten Senats bei der Verhandlung mit seriösen Investoren.

(Beifall bei der CDU – *Klaus-Peter Hesse CDU:* Klarheit und Wahrheit!)

In der Tat ging es um eine überwiegende Privatisierung des LBK. Um es noch einmal zu betonen: Es geht bei der finanziellen Situation des LBK nicht nur um die Aufwendungen für die Altersversorgung der Mitarbeiter. Selbst ohne diesen unbestritten großen Kostenblock fehlt das Geld für dringende Investitionen, um das anerkannt hohe Niveau der medizinischen Versorgung zu erhalten und die LBK-Häuser fit für die Bedingungen eines völlig veränderten Gesundheitswesens zu machen.

Wir wollen also mit einer Privatisierung von Geschäftsanteilen des LBK diese Krankenhäuser und damit auch den Gesundheitsstandort Hamburg sichern.

Nun haben wir in der letzten Debatte vor drei Wochen auch über ein vermutliches Gutachten gesprochen, das angeblich ganz geheimnisvoll gewesen sein soll. Der Senat hat Ihnen sehr schnell die Möglichkeit aufgezeigt, wie Sie sich an der richtigen Stelle über diese Daten informieren können.

Deshalb möchte ich heute auf gar keinen Fall versäumen, Sie auf ein weiteres, ganz neues Gutachten hinzuweisen. Es trägt den Titel "Fallstudie: Privatisierungen von Krankenhäusern" und ist – das bitte ich jetzt ganz genau zu beachten – von Ver.di in Auftrag gegeben worden. Es besteht also wirklich keine Gefahr, dass hier ein Gefälligkeitsgutachten erstellt worden ist. Diese Studie kommt zu ganz interessanten Schlüssen. So lautet die zentrale Aussage:

"Es geht keinem der Krankenhäuser nach der Privatisierung schlechter als zuvor. Tendenziell stehen die Krankenhäuser nach der Privatisierung sogar besser da."

Wie gesagt, ich spreche über ein Gutachten der Gewerkschaft Ver.di, und wer es noch nicht gesehen hat, darf es sich gerne angucken, ich leihe es ihm aus.

(Beifall bei der CDU)

Diese Aussage wird beispielsweise dadurch belegt, dass die neuen Klinikbetreiber kaum Beschäftigte entlassen und dies insbesondere im medizinischen und pflegerischen Bereich. Es gäbe zwar eine Tendenz zu Haustarifen, diese seien aber größtenteils an den BAT angelehnt. So viel zur Schlechterstellung. Private Klinikkonzerne bauen, so das Gutachten, effek-

- A tivere Managementstrukturen auf – das ist offenbar ihr Erfolgsgeheimnis –, sie treffen Entscheidungen schneller und sie betreiben Zukunftssicherung auch im Interesse der Arbeitsplätze.

Übrigens wird auch hervorgehoben, dass die Verbesserung insbesondere im Bereich der medizinisch-technischen Ausstattung erfolgt.

Noch viel wichtiger ist Folgendes und ich bitte Sie, einmal zuzuhören:

"Die viel befürchtete Risikoselektion, Leistungseinschränkung oder Rationalisierung von Leistungen konnte von den interviewten Personen nicht festgestellt werden."

Gesundheit, meine Damen und Herren – darauf wurde im Volksentscheid immer hingewiesen –, ist ganz offensichtlich auch in privatisierten Krankenhäusern keine Ware.

(Beifall bei der CDU)

Kein Wunder also, dass alle für diese Studie befragten Personen, übrigens auch Betriebsräte, die Ihnen bekanntermaßen vermutlich näher stehen, und Einrichtungen erklärt haben, es habe zu der Privatisierung keine realistische Alternative gegeben. In dieses Bild passt auch, dass gerade erst vor wenigen Tagen ein privates Krankenhaus, die Asklepios Klinik in Bad Schwartau, in einem Bundeswettbewerb des Hartmannbundes – des Verbundes der niedergelassenen Ärzte – den zweiten Platz als mitarbeiterfreundlichstes Krankenhaus Deutschlands erhalten hat.

B

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, nun schon nicht dem Ersten Bürgermeister und dem Senat glauben wollen, dann nehmen Sie doch bitte wenigstens das zu Herzen, was im Auftrag der Gewerkschaft Ver.di festgestellt worden ist.

Zurück zum Volksentscheid. Trotz dieser ganz gewiss prominenten Unterstützung unserer Auffassung nehmen wir die Meinung der Hamburgerinnen und Hamburger zum Entscheid natürlich ernst. Das haben der Erste Bürgermeister und auch der Senator hier sehr deutlich gesagt. Deshalb sind alle Möglichkeiten einer Privatisierung erneut auf den Prüfstand gestellt worden. Es versteht sich deshalb völlig von selbst, dass es zu diesem Zeitpunkt keine Vorfestlegung geben kann. Das Ergebnis dieser Prüfung soll im Sommer, voraussichtlich im Juni, vorliegen. Wir werden dann anschließend sicher sehr ausgiebig darüber diskutieren können. Bis dahin bitte ich Sie aber, von immer neuen Anträgen mit gleicher Intention abzusehen. Sie sind nicht sachdienlich und werden durch ihre ständige Wiederholung auch nicht besser.

(Beifall bei der CDU)

Aber ein kleiner Tipp: Vielleicht lesen Sie sich in der Zwischenzeit die Ver.di-Studie durch. Wenn es darum gehen sollte, dass Ihnen schlicht die Themen ausgehen, dann befassen Sie sich doch bitte noch einmal mit dem Thema Ausbildungsabgabe. Die betrifft nämlich auch die Krankenhäuser und viele andere Einrichtungen im Gesundheitswesen. Das Geld, das für diese Abgabe aufgewendet werden muss, wird zwar keinen

weiteren Ausbildungsplatz schaffen, aber den Krankenhäusern für ihre eigentliche Aufgaben fehlen.

(Beifall bei der CDU)

Zurück zu Ihrem Antrag. Wir werden ihn, wie beim letzten Mal, natürlich nicht annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort hat die Abgeordnete Husen.

Katja Husen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 29. Februar ist es zu einer Situation gekommen, die Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, nicht komplett gefallen haben kann:

(*Marcus Weinberg CDU:* Ihnen doch auch nicht!)

Die Ablehnung Ihrer Privatisierungsstrategie trotz Ihres guten Wahlergebnisses. Das wurde sehr, sehr deutlich beim Volksentscheid.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Die ersten Interpretationen – die waren ja auch hier wieder zu hören – dieses auf den ersten Blick paradoxen Ergebnisses ließen auch nicht lange auf sich warten: Die Bürgerinnen und Bürger hätten es mit der Zustimmung zum Volksentscheid bestimmt nicht so gemeint, sonst hätten sie ihre Bürgerschaftsstimme ja nicht Ihnen gegeben.

Diese Interpretation ist natürlich unzulässig, weil sie unterstellt, dass die Wählerinnen und Wähler nicht zwischen einem Volksentscheid und einer Bürger-schaftswahl unterscheiden können.

D

(Beifall bei der GAL)

Tatsächlich, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, haben Sie da Ihren ersten Wählerauftrag erhalten. Keine mehrheitliche Privatisierung des LBK zum Wohle eines Investors auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(*Michael Fuchs CDU:* Immer wieder dasselbe!)

– Aber von einer neuen Person. Vielleicht können Sie mir trotzdem noch ein bisschen zuhören.

(Beifall bei der GAL)

Erfreulicherweise ist der Pressearbeit des Senats zu entnehmen, dass Sie nicht dogmatisch an ihren Privatisierungsstrategien festhalten. Einige Aspekte Ihrer Planung sind bei der GAL längst auf Zustimmung gestoßen. Beispielsweise ist die Teilung des LBK in eine Betriebs- und in eine Vermögensgesellschaft sehr begrüßenswert. Eine schuldenfreie Betriebsgesellschaft könnte beispielsweise über den Zeitraum von einem Jahr beweisen, ob sie wirtschaftlich arbeiten kann, und, wenn sie das tut, dadurch für Minderheiteninvestoren interessanter werden.

Sicher ist, dass das "Zwei-plus-fünf-Modell", was, wie neuerdings den Medien zu entnehmen war, die Zerschlagung des LBK in zwei städtische und fünf private Kliniken bedeutet, nicht dem Volksentscheidswillen entspricht, was sich durch Kopfrechnen leicht nach-

- A vollziehen lässt. Auch kann ich die Einschätzung des Ver.di-Gutachtens nicht so uneingeschränkt teilen wie Herr Krüger. Er hat nämlich einen Aspekt des Gutachtens, der auch sogar den Medien zu entnehmen war und nicht denen, die dafür bekannt sind, dass sie vor allem unsere Positionen tragen, einfach unterschlagen. Das ist die Rolle der Beschäftigten in den Kliniken. Es ist nämlich ganz klar festzustellen, dass es zu einer Einkommensspreizung kommt, und zwar auf Kosten der Menschen, die jetzt sowieso schon wenig verdienen. Ich frage mich, auf welches Niveau deren Löhne denn noch absinken sollen, und das bei gleichzeitig steigender Arbeitsbelastung.

(Beifall bei der GAL – *Wolfgang Ploog CDU*: Die müssen doch gar nicht sinken!)

Daher meine Bitte an Sie: Lassen Sie sich Zeit, um zu einer Lösung zu kommen, die sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LBK gerecht wird, und zwar auch denen, die nicht in Standesvertretungen organisiert sind, außerdem den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern, die Ihnen im Volksentscheid einen deutlichen Auftrag mitgegeben haben, und an die zukünftigen Investoren dürfen sie natürlich auch denken. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, dann lasse ich abstimmen.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/162 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

- B Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 12, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/122 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/123 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/124 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/125 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben – Drucksache 18/126 –]**

Zunächst der Bericht 18/122, zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind sie einstimmig angenommen.

In Ziffer 2 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Die sind erfolgt.

Nun zum Bericht 18/123. Zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 739/03 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Empfehlung bei keiner Enthaltung mehrheitlich angenommen worden.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen zur Eingabe 72/04 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

Damit ist diese Ausschussempfehlung bei keiner Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Wer möchte zur Eingabe 292/03 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Ausschussempfehlung bei einer Reihe von Enthaltungen einstimmig angenommen.

Wer stimmt den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Empfehlungen einstimmig angenommen.

In Ziffer 2 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Diese sind erfolgt.

Wir kommen zum Bericht 18/124. Ich beginne mit Ziffer 1.

Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Empfehlungen einstimmig angenommen.

In Ziffer 2 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Die sind erfolgt.

Zum Bericht 18/125. Wer möchte zu den Eingaben 171, 179 und 214, alle aus 2004, den Ausschussempfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Empfehlungen mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung angenommen.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 215/04 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird dieser Ausschussempfehlung einstimmig bei einigen Enthaltungen gefolgt.

Wer stimmt den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind diese Empfehlungen einstimmig angenommen.

Drucksache 18/126. Zunächst zu Ziffer 1. Hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind diese Ausschussempfehlungen einstimmig angenommen worden.

In Ziffer 2 werden Kenntnisnahmen empfohlen. Die sind erfolgt.

Tagesordnungspunkt 9, Drucksache 18/143, Senatsantrag: Tätigkeit der Senatorinnen und Senatoren in Aufsichtsgremien hamburgischer öffentlicher Unternehmen.

**[Senatsantrag:
Tätigkeit der Senatorinnen und Senatoren in Aufsichtsgremien hamburgischer öffentlicher Unternehmen – Drucksache 18/143 –]**

Wer möchte das Einvernehmen nach Artikel 40 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg herstellen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig bei einigen Enthaltungen.

Tagesordnungspunkt 11, Drucksache 18/105, Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Volksgesetzgebungsverfahren "Gesundheit ist keine Ware".

A **[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürger-
schaft:
Volksgesetzgebungsverfahren "Gesundheit ist
keine Ware" – Drucksache 18/105 –]**

C

Hierzu stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 17, Drucksache 18/160, Antrag der GAL-Fraktion: Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit der Agentur für Arbeit zur Umsetzung von Hartz IV in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit der Agen-
tur für Arbeit zur Umsetzung von Hartz IV in Ham-
burg – Drucksache 18/160 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen. Wer stimmt dem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsbegehren mehrheitlich nicht entsprochen worden. Es gab keine Enthaltungen.

Die CDU-Fraktion hat eine Überweisung lediglich an den Wirtschaftsausschuss beantragt. Wer möchte so überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird diesem Überweisungsbegehren einstimmig gefolgt.

B Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen wunderbaren Abend. Bis zum nächsten Mal.

D

Schluss: 18.03 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Tanja Bestmann, Ingrid Cords, Gesine Dräger, Wolfgang Drews, Doris Mandel und Jenspeter Rosenfeldt